

HWWI/Berenberg Städteranking 2013.

Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich: **Bremen**

HWWI/Berenberg Städteranking 2013.

Die 30 größten Städte Deutschlands
im Vergleich: **Bremen**

»HWWI/Berenberg Städteranking 2013: Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich«

Autoren: Mark-Oliver Teuber, Dr. Jan Wedemeier und Dr. Christina Wilke

unter Mitarbeit von Johannes Puckelwald und Miriam Timmermann

Stand: 15.02.2013

Wir haben uns bemüht, alle in dieser Studie enthaltenen Angaben sorgfältig zu recherchieren und zu verarbeiten. Dabei wurde zum Teil auf Informationen Dritter zurückgegriffen.

Einzelne Angaben können sich insbesondere durch Zeitablauf oder infolge von gesetzlichen Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität sämtlicher Angaben kann daher keine Gewähr übernommen werden.

Bezug über:

Berenberg · Unternehmenskommunikation

Neuer Jungfernstieg 20 · 20354 Hamburg

Telefon +49 40 350 60-410 · Telefax +49 40 350 60-907 · E-Mail: presse@berenberg.de

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: HWWI/Berenberg Städteranking

Zusammenfassung	4
1 Zukunft durch Wissenswirtschaft und internationale Verflechtung	6
2 Demografie und Ökonomie	7
2.1 Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit	7
2.2 Bevölkerungsprognosen	17
3 Standortfaktoren	20
3.1 Überblick	20
3.2 Bildung und Innovationsfähigkeit	23
3.3 Internationalität	24
3.4 Erreichbarkeit	26
4 HWWI/Berenberg Städteranking	28

Teil 2: Bremen

1 Bevölkerung	35
2 Wirtschaft im Überblick	36
3 Standortattraktivität	42
4 Fazit	46
Literatur- und Quellenverzeichnis	47

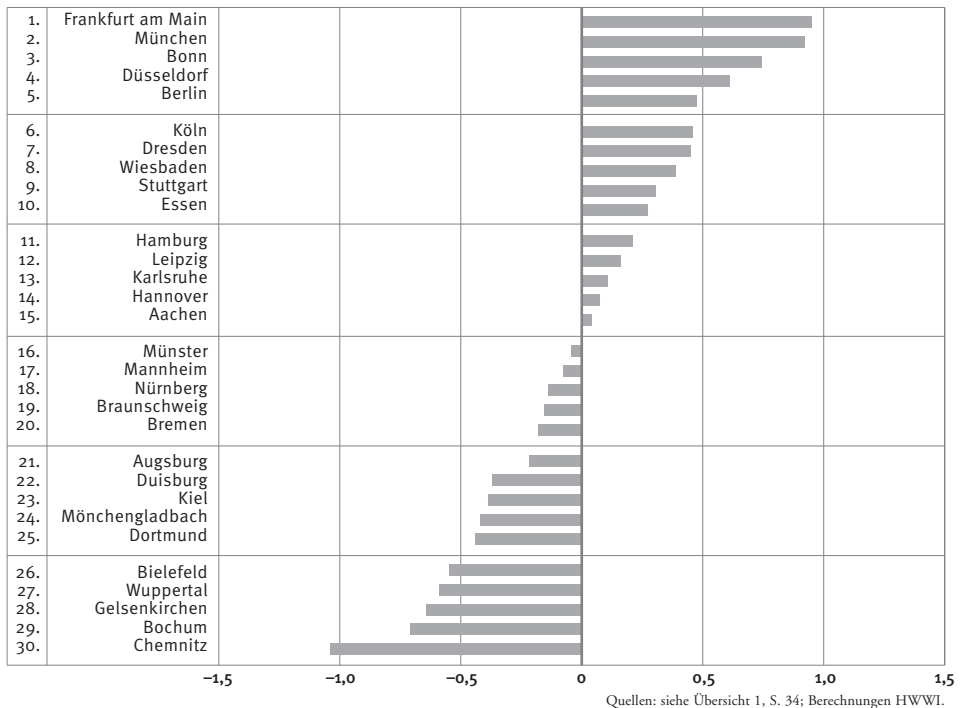
Zusammenfassung

Die größten deutschen Städte erfuhren in den vergangenen Jahren eine wirtschaftliche Entwicklung, die über dem Bundesdurchschnitt lag. So erholten sich die 30 betrachteten Städte schneller von der Finanzkrise und der darauf folgenden Krise der Realwirtschaft ab 2008 als Deutschland insgesamt: Die 30 Städte hatten in 2010 ihr durchschnittliches Produktivitätsniveau von 2008 bereits fast wieder erlangt, hingegen konnte das Vorkrisenniveau auf Bundesebene bis zu diesem Zeitpunkt nicht wieder erreicht werden. Dabei haben einige der Städte den strukturellen Wandel hin zu den wissensintensiven Dienstleistungen einschließlich der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie den forschungsintensiven Industrien bis heute nicht vollkommen abschließen können. Die weitere Entwicklung der Städte hängt dabei von einer Vielzahl von Faktoren – unter anderem Unternehmensstrukturen und -zentralen, regionalen institutionellen Rahmenbedingungen, der Lage öffentlicher Haushalte oder städtischer sowie überregionaler Kooperations- und Netzwerkformen – ab, die neben den demografischen Veränderungen sowie den hier betrachteten Standortfaktoren bedeutsam sind. Positive strukturelle Entwicklungspfade, die in der Vergangenheit beschritten worden sind, werden sich zudem auch weiterhin auf die Entwicklung der Städte auswirken und über deren künftige Bedeutung entscheiden.

Im HWWI/Berenberg Städteranking 2013 werden drei Indizes in Form eines »Trend-«, eines »Standort-« sowie eines »Demografieindex« betrachtet und in einem Gesamtranking zusammengeführt. Mit dem Trendindex wird die gegenwärtige ökonomische Leistungsfähigkeit gemessen, während der Standortindex die Bereiche der Bildung und Innovation, Internationalität sowie Erreichbarkeit erfasst. Der Demografieindex misst die zukünftige Veränderung der Bevölkerung und der Erwerbspersonen bis 2025 sowie die gegenwärtige Fertilität in den 30 größten Städten Deutschlands.

Frankfurt am Main und München bilden – wie in den Rankings von 2010 und 2008 – wieder das Spitzen-Duo unter den 30 betrachteten Städten. Vordergründig aufgrund des guten Abschneidens im Trend- und vor allem im Standortindex, wobei insbesondere München auch im Demografieindex einen guten zweiten Platz belegen konnte. Mit einigem Abstand folgen Bonn und Düsseldorf. Für die nähere Zukunft können die Entwicklungsperspektiven für diese Städte als günstig betrachtet werden, obwohl Frankfurt und Bonn im Demografieindex im Vergleich zum HWWI/Berenberg Städteranking 2010 abgerutscht sind. Zudem könnte aufgrund der Entwicklungstendenzen der vergangenen Jahre München Frankfurt in naher Zukunft den Rang ablaufen, weil die bayerische Landeshauptstadt in keinem der betrachteten Bereiche ausgeprägte Defizite aufweist und den Abstand zu Frankfurt weiter verkürzen konnte. Frankfurt ist einzig aufgrund des erheblichen Vorsprungs beim Standortindex noch vor München gelistet. Hervorzuheben sind zudem die Platzierungen im Gesamtranking von Berlin (Platz 5) und Dresden (Platz 7), während Leipzig verglichen mit dem Ranking von 2010 um einen Platz auf den zwölften

HWWI / Berenberg Städteranking 2013



Rang abgerutscht ist. Die norddeutschen Seehafenstädte rangieren hingegen im oberen (Hamburg, Platz 11) und unteren Mittelfeld (Bremen und Kiel, Platz 20 und 23). Neben dem noch nicht abgeschlossenen Strukturwandel hin zur Wissenswirtschaft liegt der Grund hierfür vor allem im unterdurchschnittlichen Abschneiden Bremens und Kiels beim Standortindex und in Bezug auf Hamburg in der lediglich durchschnittlichen Bewertung bei allen drei Indizes. Eine ungünstige Entwicklung haben weiterhin die Städte Chemnitz, Bochum, Gelsenkirchen, Wuppertal und Bielefeld durchlaufen. Sie weisen gegenwärtig in fast allen Bereichen beträchtliche Defizite auf, die auch in Zukunft aufgrund langer Entwicklungsprozesse nur langsam abgebaut werden können.

1. Zukunft durch Wissenswirtschaft und internationale Verflechtung

Erfolgreiche Städte zeichnen sich dadurch aus, dass sie durch attraktive Rahmen- und Standortbedingungen Unternehmen und Menschen anziehen. Auch hängt der Erfolg davon ab, wie der ökonomische Strukturwandel hin zu wissensintensiven Dienstleistungsbranchen und forschungsintensiven Industrien vollzogen werden kann. Gerade wissensintensive Branchen wie Ingenieurbüros, Gesundheitswirtschaft, Games- und Edutainment-Entwicklungsfirmer, Medien und die Kulturwirtschaft sowie die forschenden Industrien, wie zum Beispiel der Flugzeugbau und die Materialforschung, prägen die Entwicklung der letzten Jahre und sind wesentliche Impulsgeber für die städtische Entwicklung des 21. Jahrhunderts.

Vor allem Städte können auf die individuellen Bedürfnisse von Unternehmen und Menschen eingehen, da sie mit heterogenen Stadtquartieren, exzellenten Bildungsangeboten, hoher Produktivität, Verbindungen zu nationalen und internationalen Standorten sowie einer hohen Lebensqualität durch reichhaltige Kultur- und Freizeitangebote diese Bedürfnisse ansprechen. Zudem lassen sich internationale Trends wie die verstärkte Mischnutzung von Wohn- und Gewerbeimmobilienflächen in Städten leichter vereinbaren, womit auch aktuelle sozioökonomische Entwicklungen, wie beispielsweise die Work-Life-Balance, die Mobilität und der demografische Wandel, Berücksichtigung finden.

Die Qualifikation der Bevölkerung ist in Städten relativ hoch, und Städte weisen den Vorteil auf, dass sie überwiegend als Standort für Hochschulen fungieren. Hier wird die Bevölkerung ausgebildet und verbleibt im Optimalfall nach Abschluss des Studiums am Standort oder sie vernetzt sich bei Wegzug mit diesem. Die Wissensökonomie bezieht ihre Inputs aus global angesiedelten Unternehmen und Institutionen, die aber regional, meist in Städten, verankert sind. In städtischen Regionen findet das Lernen, das Weiterbilden, aber ebenso der Austausch von Wissen und den damit verbundenen Lebensstilen statt. Vieles ist in der Wissensökonomie abhängig vom personengebundenen, informellen Wissen. Städte mit einem hohen Anteil an einer (hoch-)qualifizierten Bevölkerung sind meist erfolgreicher als andere Städte, wenn es um weitere Unternehmensansiedlungen und Fachkräfteanwerbungen geht. Noch erfolgreicher sind sie allerdings, wenn die entscheidenden Institutionen, Wissensträger und Entscheider bereits in einer Stadt angesiedelt sind, da dies weitere Unternehmen und Fachkräfte anzieht und die städtischen Entwicklungspotenziale positiv beeinflusst: Es findet ein sich selbst verstärkender Effekt statt.

Eine weitere regionale Abhängigkeit besteht zum lokalen Aufkommen von (fach-)spezifischen Arbeitskräften. Städte mit großen und in ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten diversifizierten Arbeitskräftepools ziehen Unternehmen an. Aus diesen heraus können hoch spezialisierte Unternehmen künftig Arbeitnehmer gewinnen. Wenn der regionale Arbeitsmarkt wenig rigide ist, fördert dies und auch die räumliche Nähe und Ballung von Unternehmen in einer Stadt den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Menschen, was Innovationen und Imitationen erleichtert.

Zusammengefasst steigern regionale Ballungszentren den Austausch sowie die Arbeitsteilung und Spezialisierung in der Wissensökonomie, was sich positiv auf die Produktivität auswirkt. Aufgrund der zunehmenden Internationalisierung und Komplexität von Marktbeziehungen sind gerade aufgrund dieser regionalen Abhängigkeiten nationale und internationale Netzwerke von zentraler Bedeutung, damit Unternehmen Wissen nicht nur aus der Region beziehen. Diese Bedeutung steht auch unmittelbar im Zusammenhang mit der Internationalität von Städten und der Erreichbarkeit anderer globaler Standorte.

Das vorliegende HWWI/Berenberg Städteranking befasst sich vor diesem Hintergrund mit den 30 größten Städten Deutschlands. Zunächst werden die gegenwärtige Bevölkerungsentwicklung sowie die ökonomischen Trends untersucht und zu einem »Trendindex« zusammengeführt. Mit dem Trendindex wird die ökonomische Leistungsfähigkeit gemessen. Der »Standortindex« enthält zu je einem Drittel Indikatoren aus den Bereichen »Bildung und Innovationsfähigkeit«, »Internationalität« und »Erreichbarkeit«. Er untersucht dabei den oben beschriebenen Widerspruch zwischen Globalisierung und Regionalisierung sowie die Qualität des Standortes im städtischen Kontext.

Wichtig sind zudem die demografischen Entwicklungstendenzen, die auf Basis von Prognosen analysiert werden. Eine günstige Entwicklung von Bevölkerungszahl und Altersstruktur wirkt sich auf die regionalen Unternehmen, aber auch auf die private Nachfrage nach Konsumgütern positiv aus. Diese Entwicklungstendenzen werden in einem »Demografieindex« erfasst.

Abschließend werden die drei Indizes in einem »Städteranking« für die 30 größten deutschen Städte zusammengeführt. Das HWWI/Berenberg Städteranking zeigt auf, welche der Städte für die Zukunft gute sozioökonomische Entwicklungen zu erwarten haben. Die Ranking-Ergebnisse werden darüber hinaus dem HWWI/Berenberg Städteranking 2010 gegenübergestellt, um Veränderungen im Ranking sowie deren »Aufsteiger« und »Absteiger« feststellen zu können.

2. Demografie und Ökonomie

2.1 Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit

In den 30 größten deutschen Städten lebten im Jahr 2011 insgesamt 18.216.734 Menschen, was 22,3 % der deutschen Bevölkerung entsprach. Von diesen zählten 14 Städte zu der Kategorie »große Großstadt« mit mehr als einer halben Million Einwohnern.¹ In den Städten Berlin, Hamburg, München – und seit 2010 auch in Köln – lebten jeweils mehr als eine Million Menschen. Die Größenunterschiede zwischen den vier Millionenstädten Deutschlands sind jedoch erheblich,

¹ Vgl. BBSR (2013). Laut einer Klassifizierung des BBSR gelten alle Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern als Großstädte, Städte mit über 500.000 Einwohnern als große Großstädte.

Die 30 größten deutschen Städte, 2011

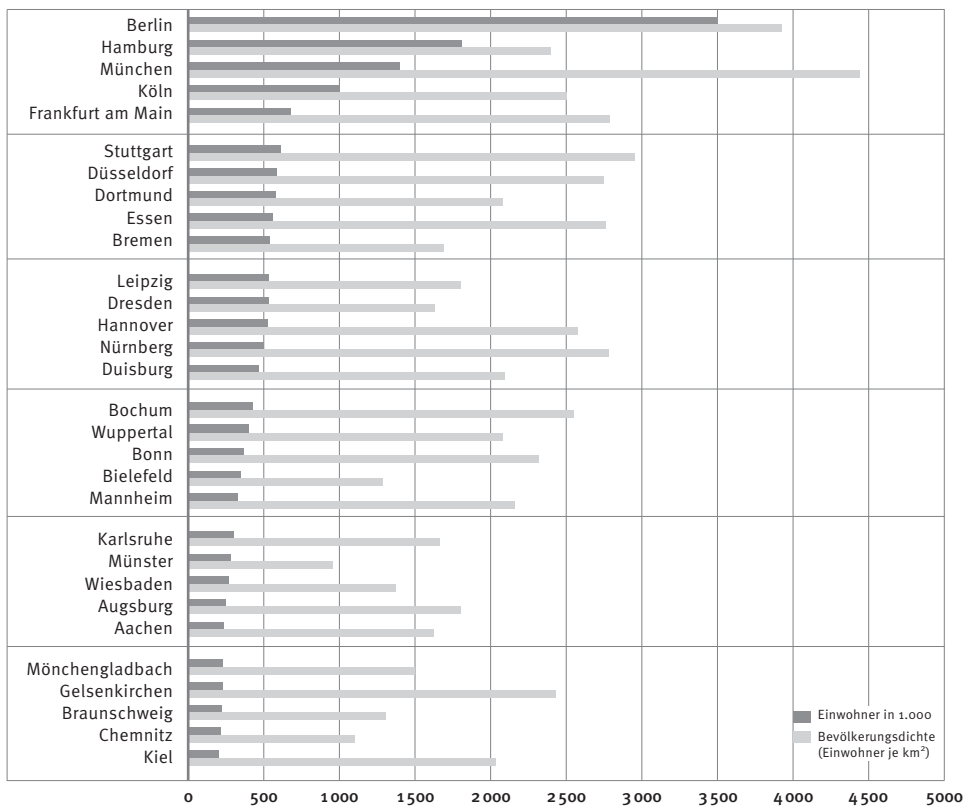


Abb. 1

Quellen: Statistische Ämter der Länder (2013a); Berechnungen HWWI.

da Berlin 3,5 Mio. Einwohner zählt, während die anderen drei Städte zwischen 1 und 1,8 Mio. Einwohner aufweisen. Chemnitz und Kiel, die kleinsten der 30 betrachteten Städte, hatten beide weniger als 250.000 Einwohner. Leipzig (531.809 Einwohner) ist vor Dresden (529.781 Einwohner) die größte Stadt Sachsens und nach Berlin die zweitgrößte Stadt in den östlichen Bundesländern. Was die Siedlungsdichte betrifft, so lebten 2011 die meisten Einwohner je km² in München (4.436), Berlin (3.927) und Stuttgart (2.958). Demgegenüber waren Bielefeld (1.254), Chemnitz (1.101) und Münster (963) wesentlich weniger dicht besiedelt (vgl. Abb. 1). Insgesamt zeigten sich somit deutliche Unterschiede zwischen der Stadtgröße und der Siedlungsdichte innerhalb der deutschen Städte. Mit unterschiedlichen Siedlungsstrukturen gehen auch Unterschiede in den städtischen Funktionen, auch für das Umland, einher. So fungieren alle Städte – mit Ausnahme von Gelsenkirchen – als Oberzentren, die die Versorgung unter anderem mit Dienstleistungs- und Infrastrukturangeboten, Fachkliniken, Theatern, Museen oder auch Regionalbehörden für ihr Umland sicherstellen.

Die 30 größten Städte Deutschlands



Abb. 2

Quelle: Darstellung HWWI.

Bevölkerungsentwicklung, 2000 bis 2005 und 2005 bis 2011

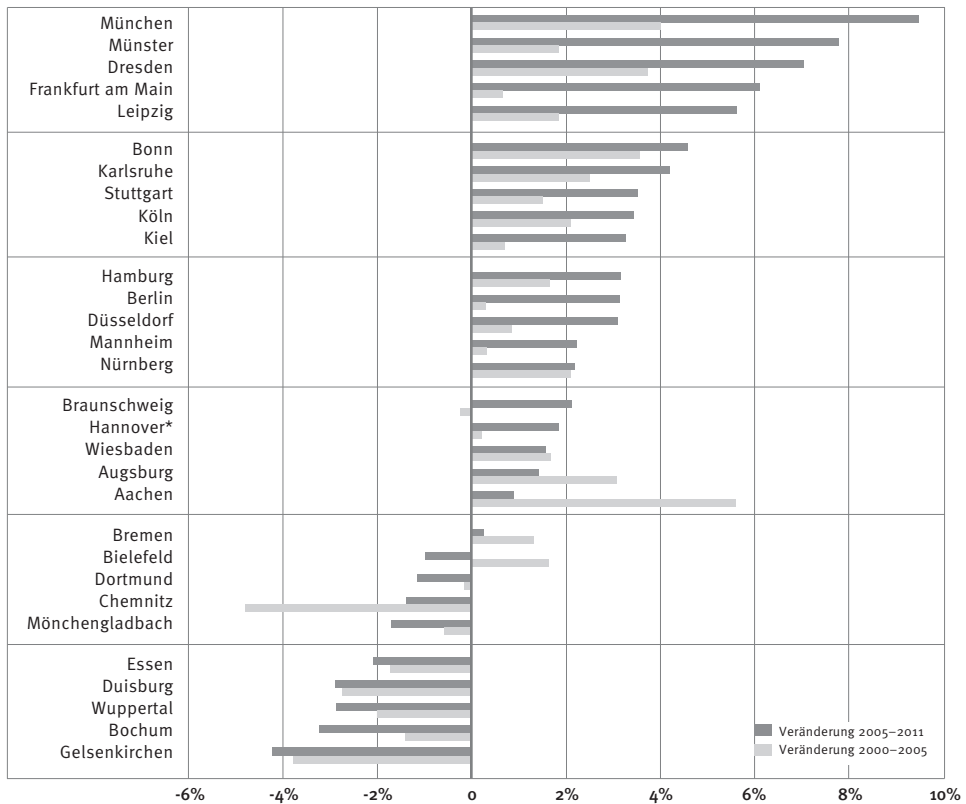


Abb. 3

*Daten für Hannover vom LSKN (2013).

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a); LSKN (2013); Berechnungen HWWI.

Auch die räumliche Verteilung der Städte fiel sehr unterschiedlich aus. Insgesamt 13 Städte befinden sich in Nordrhein-Westfalen, während in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Sachsen-Anhalt und in Thüringen keine der 30 größten Städte liegt. Die östlichen Bundesländer sind mit nur vier Städten relativ schwach vertreten (vgl. Abb. 2). Die geografische Verteilung der Großstädte ist insofern bedeutend, als dass das wirtschaftliche und soziale Potenzial einer Region durch ihre urbanen Strukturen geprägt wird.

Für die Zukunftschancen einer Region ist daher auch die dynamische Entwicklung der Großstädte entscheidend. Wachsen oder Schrumpfen von Städten beeinflusst ihr ökonomisches Potenzial und spiegelt ihre Attraktivität als Lebens- und Arbeitsort wider. Im Jahr 2010 lagen die Fertilitätsraten in allen Städten deutlich unter 2,1 Kindern pro Frau – dem kritischen Niveau zur Konstanthaltung der Bevölkerung.² Die durchschnittliche Fertilitätsrate für ganz Deutschland lag sogar bei nur 1,39 Kindern pro Frau.³ Dennoch wuchsen einige Städte seit 2005 relativ stark an (vgl. Abb. 3).

² Vgl. Münz (2007).
³ Vgl. BBSR (2012a).

Wanderungssalden, 2005 bis 2011

Angaben in 1000

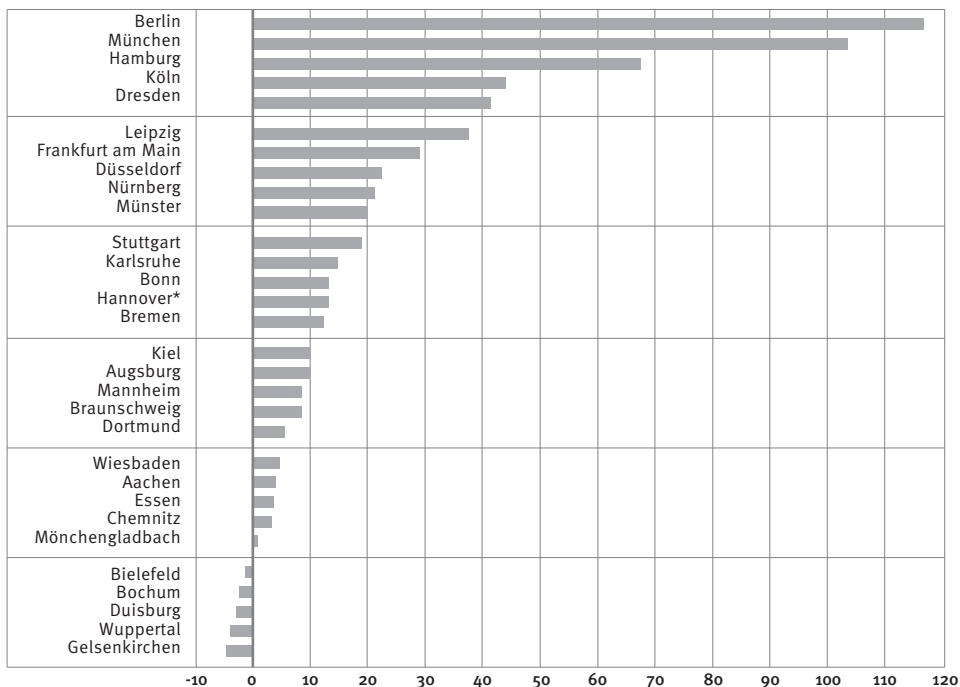


Abb. 4

*Daten für Hannover vom LSKN (2013).

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a); LSKN (2013); Berechnungen HWWI.

Dies ist vor allem auf positive Wanderungsbewegungen zurückzuführen und verdeutlicht die weiterhin große Anziehungskraft von Städten (vgl. Abb. 4). München und Münster hatten zwischen 2005 und 2011 Bevölkerungszuwächse von 9,4 beziehungsweise 7,7 % vorzuweisen. Gefolgt wurden diese Städte von Dresden (+7 %), Frankfurt am Main (+6,1 %) und Leipzig (+5,8 %). Chemnitz und acht altindustrielle Städte Nordrhein-Westfalens hingegen verloren bis zu 4,3 % ihrer Einwohner (vgl. Abb. 3).

Betrachtet man das Wanderungsverhalten verschiedener Altersgruppen, so ergibt sich ein interessantes Bild: Im Zeitraum von 2005 bis 2011 verzeichneten ohne Ausnahme alle Städte positive Zuwanderungen der 18- bis unter 30-Jährigen (vgl. Abb. 5). Dies deutet auf günstige Ausbildungsmöglichkeiten (»Studentenstädte«) und ein »jugendlicheres« Lebensgefühl in den Städten hin. Demgegenüber war der Wanderungssaldo der Menschen im Alter von 30 bis 65 Jahren ausnahmslos negativ. Daraus kann man ableiten, dass die bevorzugten Wohnstrukturen von Familien und Bevölkerung mit regelmäßigem Einkommen eher außerhalb direkter Zentren liegen. Absolut betrachtet, zogen die meisten 18- bis unter 30-Jährigen in diesem Zeitraum nach Berlin (176.628 Personen). Auch die anderen Millionenstädte hatten einen hohen Zuzug junger Menschen zu verzeichnen (jeweils mehr als 70.000 Personen) (vgl. Abb. 5).

Wanderungssalden nach Altersgruppen, 2005 bis 2011

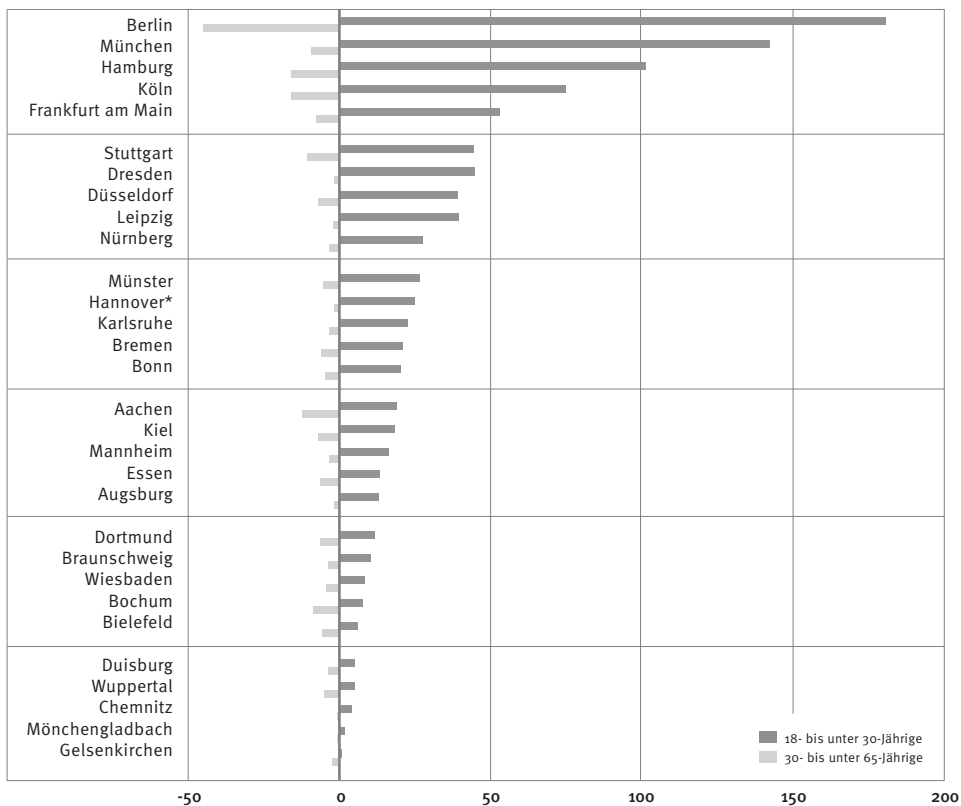


Abb. 5

*Daten für Hannover vom LSKN (2013).

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a); LSKN (2013); Berechnungen HWWI.

Die Altersstruktur hat generell einen wichtigen Einfluss auf die Bevölkerungsdynamik, weil sie sich auf den natürlichen Bevölkerungssaldo und die wirtschaftliche Entwicklung auswirkt. Einerseits beeinflusst sie die Erwerbstätigenzahlen mit entsprechenden Auswirkungen auf die finanzielle Ausstattung und die Wettbewerbsfähigkeit einer Region. Andererseits haben verschiedene Altersgruppen eine unterschiedliche Nachfrage und Ansprüche an Infrastruktur, Dienstleistungen und Güter.⁴ Aachen (66,4%), Frankfurt (65,9%) sowie München und Münster (jeweils 65,8%) verzeichneten im Jahr 2011 die meisten 20- bis 65-Jährigen (vgl. Abb. 6). In Chemnitz (26,9%), Essen (22,2%) und Leipzig (21,9%) hingegen wohnten die meisten über 65-Jährigen. Augenfällig sind die Altersstrukturen von Duisburg und Gelsenkirchen. Beiden Städten kommt mit 21,2% bzw. 20,9% ein relativ hoher Anteil der über 65-Jährigen zu. Gleichzeitig haben Duisburg (18,7%) und Gelsenkirchen (18,9%), nach Bielefeld (19,3%) und Mönchengladbach (19,0%), aber auch die höchsten Anteile an den unter 20-Jährigen. Insgesamt liegen sieben der acht Städte mit einem Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen von mindestens 18% in Nordrhein-Westfalen.

⁴ Vgl. Neumann/Schmidt (2006).

Altersstruktur der 30 größten Städte, 2011

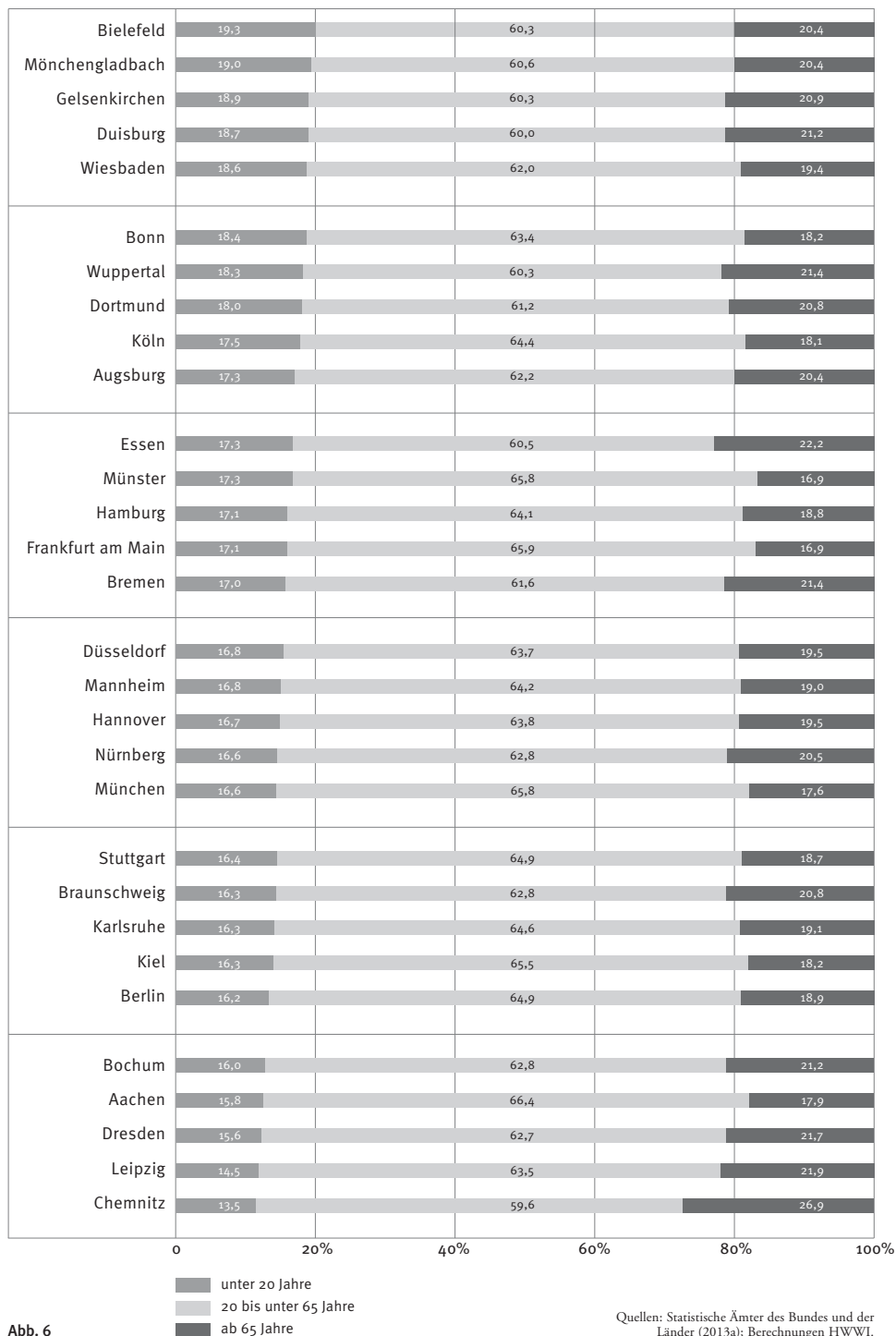
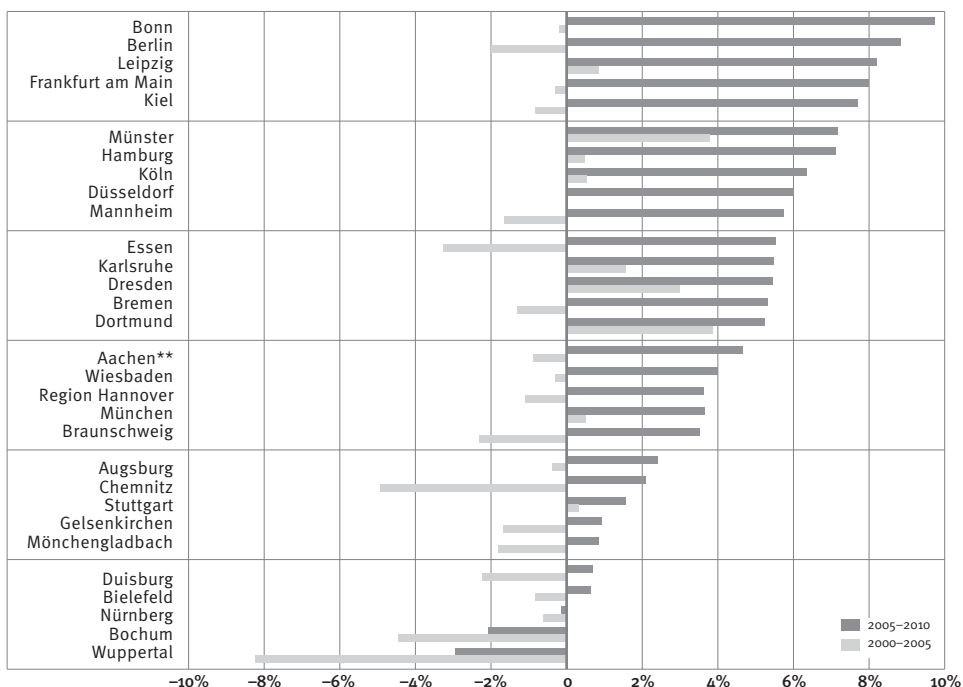


Abb. 6

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a); Berechnungen HWWI.

Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen*



* Aufgrund der Revision 2011 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder sind Angaben zu Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätigen von vor 2008 grundsätzlich nur eingeschränkt mit Angaben ab 2008 vergleichbar. Für die Erwerbstätigenrechnung sind die Abweichungen jedoch vernachlässigbar.⁵
 ** Angaben für Aachen 2000–2005 und 2005–2009.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a, b); Berechnungen HWWI.

Abb. 7

Lediglich die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden bildet mit einem Anteil von 18,6 % hiervon die Ausnahme (vgl. Abb. 6).

Die Erwerbstätigkeit hat sich im Zeitraum 2005 bis 2010 in den größten Städten Deutschlands weitgehend positiv entwickelt. Lediglich Nürnberg (-0,03 %), Bochum (-2,1 %) und Wuppertal (-3 %) mussten in diesem Zeitraum einen Rückgang der Arbeitsplätze verkraften. Herausragend war das Wachstum insbesondere in der früheren und in der gegenwärtigen Bundeshauptstadt. Bonn (+9,8 %) und Berlin (+9 %) hatten den stärksten Erwerbstätigenzuwachs unter den 30 größten Städten zu verzeichnen, wobei vor allem für Berlin ein erfreulicher Trendwechsel festgestellt werden kann, da die Erwerbstätigkeit in der Bundeshauptstadt von 2000 bis 2005 vergleichsweise deutlich zurückging (-2,1 %). Dieser Trend gilt jedoch nicht nur für Berlin allein, sondern kann auch für die anderen Städte beobachtet werden. Sämtliche der 30 größten Städte konnten ihre Wachstumsraten bei den Erwerbstätigen im Zeitraum von 2005 bis 2010 im Vergleich zu 2000 bis 2005 verbessern (vgl. Abb. 7). Im Durchschnitt wuchs die Erwerbstätigkeit in Deutschland von 2005 bis 2010 um 4,4 %. Somit zeigt sich, dass große Städte oftmals auch bei diesem Indikator als Wachstumspole fungieren. 16 der 30 Städte erzielten Wachstumsraten, die zum Teil deutlich

5 Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013c).

Anteile der Beschäftigung in wissensintensiven Wirtschaftszweigen an der Gesamtbeschäftigung, 2011

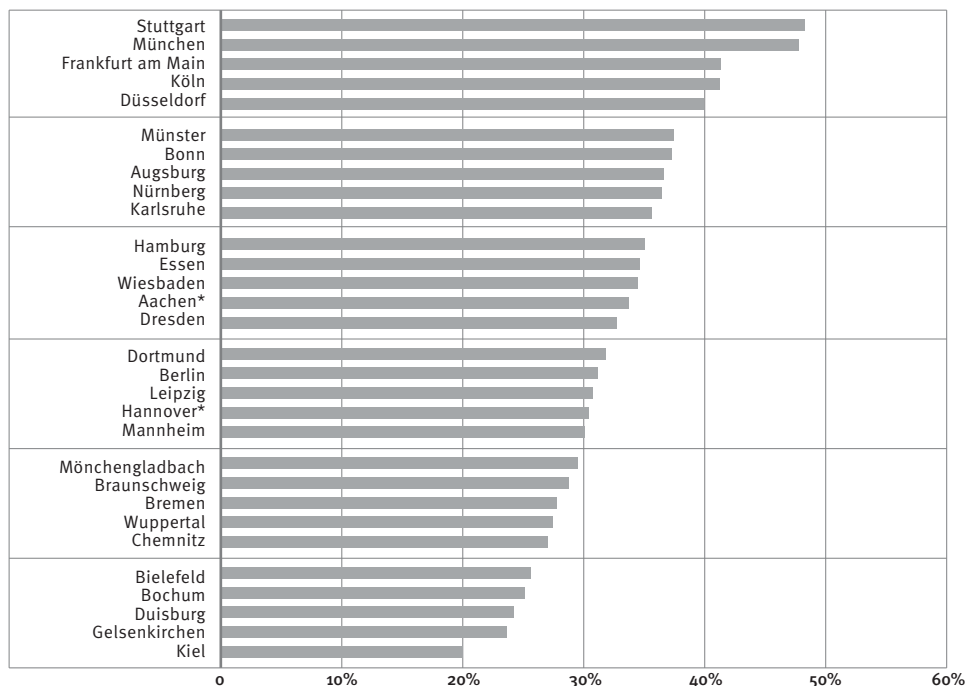


Abb. 8 * Daten beziehen sich auf die Städteregion Aachen beziehungsweise die Region Hannover.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2012); Berechnungen HWWI.

über dem deutschen Durchschnitt lagen. Darüber hinaus zeigen sich die Erwerbstätigenzahlen relativ robust gegen die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. 19 Städte haben mindestens ihr Vorkrisenniveau bereits wieder erreicht.⁶ Die besondere Ausprägung der wissensintensiven Wirtschaftszweige in Städten ist hierbei von maßgeblicher Bedeutung, da gerade von der Wissenswirtschaft eine positive Beschäftigungsentwicklung ausgeht und sie in engem Zusammenhang mit der (Weiter-/Neu-)Entwicklung von Prozessen und Produkten steht. Darüber hinaus ist das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Produktivität) in Städten mit einem hohen Anteil an wissensintensiven Wirtschaftszweigen überdurchschnittlich (vgl. Abb. 9).

So weist Stuttgart mit 48,9 % den höchsten Anteil an Beschäftigten in wissensintensiven Wirtschaftszweigen an der Gesamtbeschäftigung in 2011 auf. Die Automobilstadt wird gefolgt von München (48,1 %) und Frankfurt am Main (41,6 %) (vgl. Abb. 8). Diese drei Städte gehören gleichzeitig auch zu den produktivsten der 30 größten Städte Deutschlands (vgl. Abb. 9). Beim Städtevergleich werden auch die unterschiedlichen Entwicklungsstufen des wissensintensiven Sektors beziehungsweise die Phasen des wissensbasierten Strukturwandels deutlich: Kiel (20,2 %), Gelsenkirchen (23,6 %) und Duisburg (23,7 %) bilden weit abgeschlagen das Schlusslicht (vgl. Abb. 8).

6 Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a, b).

Anteile der Beschäftigung in wissensintensiven Wirtschaftszweigen und Produktivität

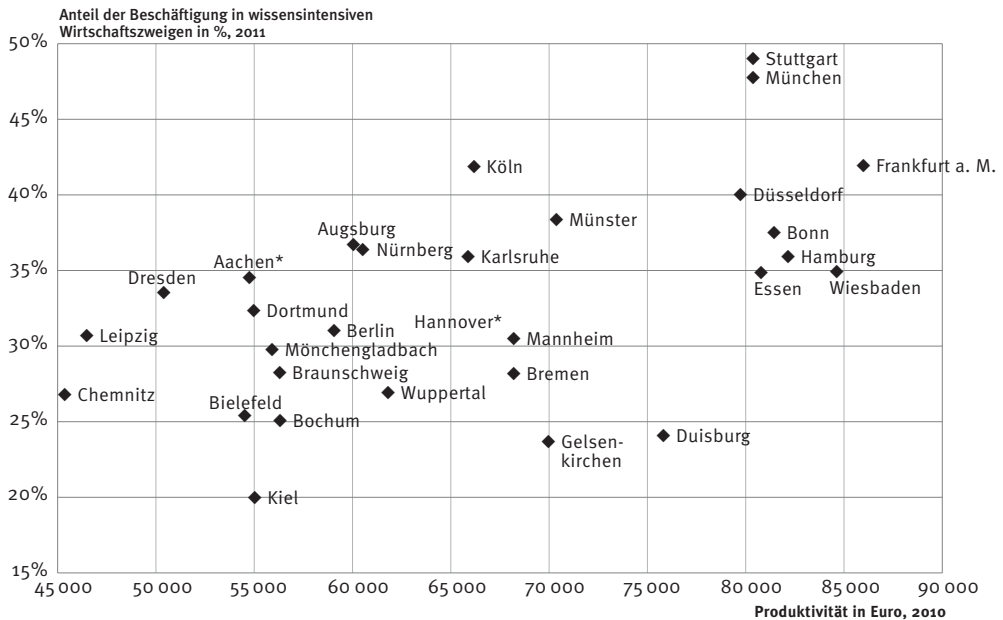


Abb. 9

* Daten beziehen sich auf die Städteregion Aachen beziehungsweise die Region Hannover.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2012); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013b); Berechnungen HWWI.

Diese Städte weisen andere Standortfaktoren für die Unternehmen und Fachkräfte auf als die führenden Städte. Auch sind die Städte mit einem hohen Anteil an Beschäftigten in der Wissenswirtschaft für den Wirtschaftszweig selbst, als Standort im Hinblick auf Unternehmensansiedlungen, interessant. In diesen Städten können wissensintensive Unternehmen aus einem überproportional großen Arbeitskräftepool schöpfen und erfolgreichen Zugang zu den hoch spezialisierten Beschäftigten finden, beispielsweise durch Abwerbungsstrategien und durch das regionale Angebot an universitären und außeruniversitären Ausbildungsgängen.

Während in der Zeit vor der Finanz- und Wirtschaftskrise (2003–2008) alle großen Städte einen Zuwachs der Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) erzielen konnten, fällt das Fazit für den Zeitraum seit Beginn der Krise gemischter aus. Lediglich 14 Städte haben es geschafft, ihr Vorkrisenniveau bis 2010 wieder zu erreichen. Insbesondere drei Städte des Ruhrgebietes (Essen, Gelsenkirchen, Bochum) sowie Bonn zeigen sich in Bezug auf die Produktivität von den Folgen der Krise weitgehend unbeeindruckt (vgl. Abb. 10). Das Produktivitätswachstum in diesen Städten ist insbesondere auf eine positive Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes zurückzuführen. Zwischen 2008 und 2010 erzielten die genannten Städte die höchsten Wachstumsraten unter den 30 größten Städten Deutschlands. Eine herausragende Entwicklung kann dabei für Essen (+15,7 %) und Gelsenkirchen (+9,6 %) bescheinigt werden. Hier wuchs das Bruttoinlandsprodukt erheblich stärker als im Bundesdurchschnitt (+0,1 %) und im Durchschnitt der 30 größten Städte (+1 %).⁷

7 Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013b).

Produktivitätsentwicklung⁸

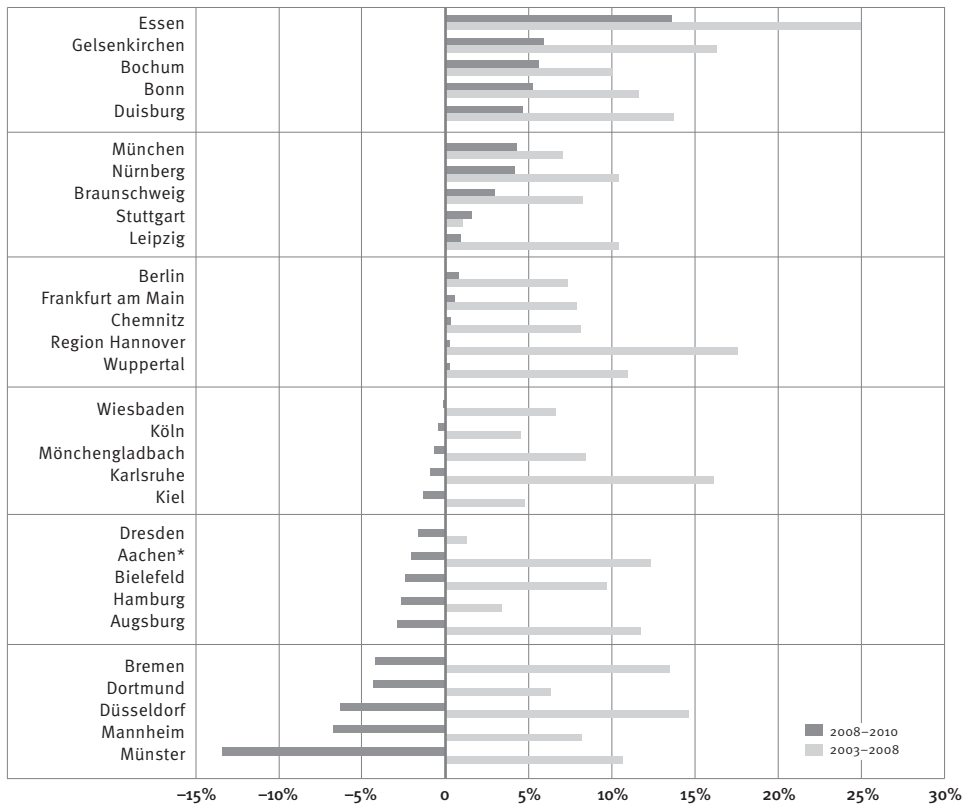


Abb. 10

* Angaben 2003-2008 für die Stadt Aachen, 2008-2010 für die Städteregion Aachen.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a, b); Berechnungen HWWI.

2.2 Bevölkerungsprognosen

Ganz Deutschland ist von einem Bevölkerungsrückgang betroffen. Zwischen 2005 und 2011 sank die Einwohnerzahl um 0,7 %. Aufgrund des demografischen Wandels wird insbesondere die erwerbsfähige Bevölkerung zurückgehen. Daher sind entscheidende Auswirkungen auf die Attraktivität der Städte für Unternehmen sowie für die Bevölkerung zu erwarten. Bedingt durch regional variierende Altersstrukturen, Fertilitäts- und Wanderungsraten sind einzelne Städte und Regionen jedoch unterschiedlich stark betroffen. Insbesondere Zu- und Abwanderungen werden in Zukunft eine entscheidende Rolle für die demografische Entwicklung einer Stadt spielen.

Für das Jahr 2025 wird für 18 der 30 größten Städte ein Anstieg der Bevölkerung prognostiziert. Mit einer erwarteten Zunahme von 5,6 % ist München hierbei der Spitzenreiter, gefolgt von Hannover (+4,6 %), Köln (+4 %) und Düsseldorf (+3,8 %). Chemnitz (-13,8 %), Gelsenkirchen

⁸ Vgl. Fußnote 22. Aufgrund der Revision 2011 konnte bei der aktuellen Produktivitätsentwicklung lediglich der Zeitraum 2008-2010 berücksichtigt werden.

Entwicklung der Bevölkerung, 2010 bis 2025

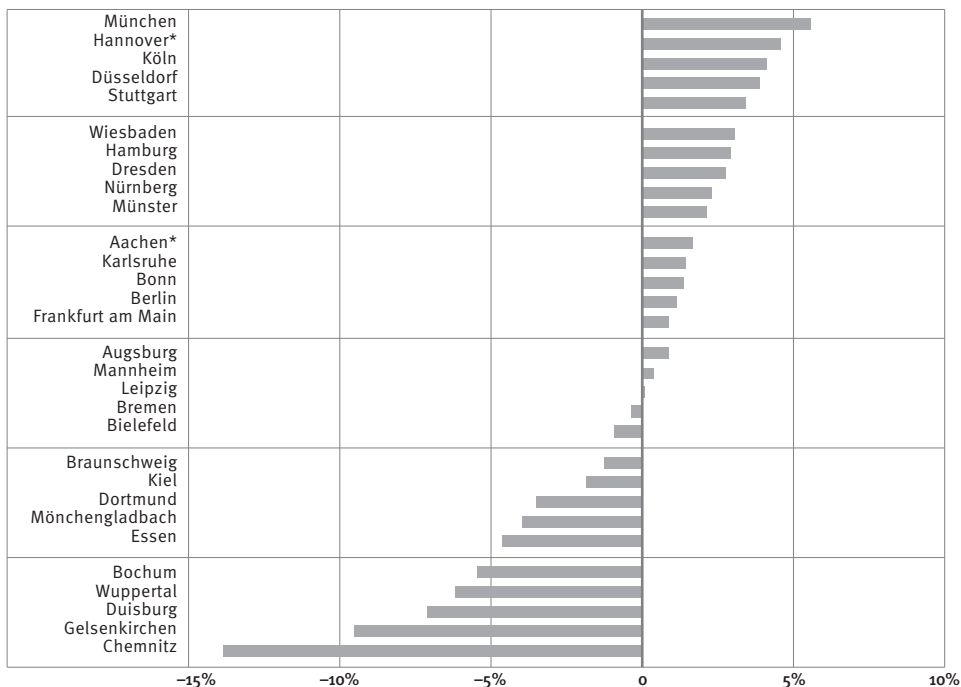


Abb. 11

* Angaben von den jeweiligen Statistischen Landesämtern.

Quellen: BBSR (2012b); IT.NRW (2013); LSKN (2013); Berechnungen HWWI.

(-9,5 %) und Duisburg (-6,8 %) müssen hingegen mit deutlichen Bevölkerungsverlusten rechnen (vgl. Abb. 11). Auch die künftige Entwicklung der unter 20-jährigen Bevölkerung zeigt sich sehr differenziert in den deutschen Großstädten. Die Städte Nordrhein-Westfalens, insbesondere die Ruhrgebietsstädte, Bremen, Kiel, aber auch süddeutsche Städte wie Augsburg und Mannheim müssen sich auf eine zunehmende Alterung der Gesellschaft vorbereiten. München, Dresden, Leipzig, Berlin und Hamburg hingegen können mit einer deutlichen Zunahme der Bevölkerung unter 20 Jahren rechnen. In Ostdeutschland erfahren die sächsischen Städte Dresden und Leipzig einen relativ starken Zuwachs der unter 20-jährigen Bevölkerung (vgl. Abb. 12). Dennoch wird der Bevölkerungsanteil der Jüngeren in 2025 relativ niedrig bleiben: Beide Städte hatten in 2011 – nach Chemnitz – die niedrigsten Anteile der unter 20-Jährigen (Leipzig 14,5 % und Dresden 15,6 %) (vgl. Abb. 6), sodass das schnelle Wachstum den Abstand zu den anderen Städten nur langsam kompensieren kann.

Entwicklung der Bevölkerung unter 20 Jahren, 2010 bis 2025

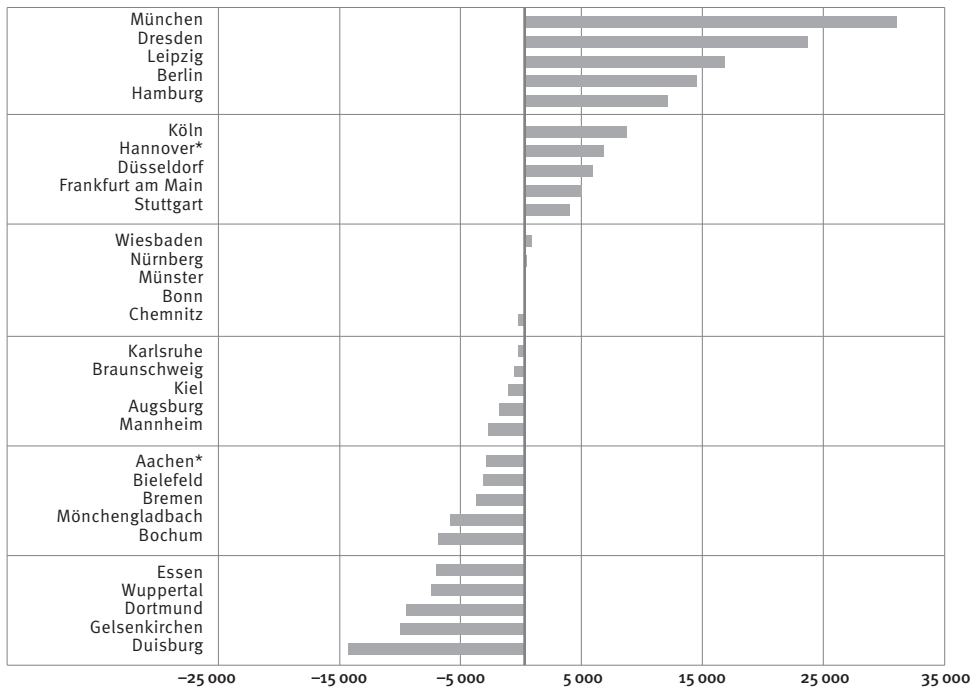


Abb. 12

* Angaben von den jeweiligen Statistischen Landesämtern.

Quellen: BBSR (2012b); IT.NRW (2013);
LSKN (2013); Berechnungen HWWI.

3. Standortfaktoren

3.1 Überblick

Wirtschaftlich erfolgreiche Städte zeichnen sich dadurch aus, dass sie Unternehmen und Menschen durch attraktive Bedingungen anziehen. Welche Standortfaktoren dabei entscheidend sind, ist bis heute Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen. Eine wesentliche Erkenntnis aus den Ergebnissen der vielen empirischen Studien ist, dass die Relevanz von Standortfaktoren über verschiedene betriebliche und regionale Strukturen stark variiert. Aufgrund der unterschiedlichen Bedeutsamkeit von Standortfaktoren können die Indikatoren jedoch nur einen Ausschnitt aller relevanten Aspekte und Bestimmungsfaktoren abdecken. So werden mögliche bedeutende weiche Standortfaktoren, zum Beispiel der Einfluss der Kultur oder die Rolle von Institutionen für die städtische Ökonomie, nicht näher beleuchtet (vgl. Kasten 1). Auch lässt sich keine Rangfolge der Standortdeterminanten aufstellen. Dennoch gibt es Indikatoren, die eng mit der Wettbewerbsfähigkeit und den ökonomischen Erfolgchancen von Städten verknüpft sind und daher für einen Vergleich von Standortbedingungen herangezogen werden können. Für das HWWI/Berenberg Städteranking sollen die folgenden Faktoren untersucht werden:⁹

- Bildung und Innovationsfähigkeit,
- Internationalität und
- Erreichbarkeit europäischer Agglomerationen.

Hoch qualifizierte Arbeitskräfte und innovative Unternehmen in zukunftssträchtigen Branchen gehören zu den wichtigsten Wachstumsfaktoren für Städte. Wie Glaeser und Saiz (2003) in ihrer Untersuchung zeigen, haben US-amerikanische Städte mit einem hohen Bildungsniveau seit über einem Jahrhundert von einem überproportionalen Wachstum profitieren können. Im Zuge des Strukturwandels in Deutschland zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft sowie einer zunehmend globalisierten Wirtschaft wird sich dieser Trend in Zukunft noch weiter verstärken. Scott (2006) weist in diesem Zusammenhang auf die besondere Bedeutung von Städten als Zentren für hochtechnisierte sowie kreative Branchen und den Globalisierungsprozess hin. Städte mit vielen innovativen Unternehmen würden am stärksten von den erweiterten wirtschaftlichen Möglichkeiten globalisierter Märkte profitieren. Dies verstärkte wiederum die Tendenz zur urbanen Agglomeration durch die Vorteile von (positiven) Externalitäten bei stärkerer Spezialisierung und Arbeitsteilung.

Wirtschaftlich erfolgreiche Branchen und gute Bildungseinrichtungen werden typischerweise zu den »klassischen« Standortfaktoren gezählt. Sie können aber auch Indikatoren für die generelle Attraktivität einer Stadt sein, sogenannte weiche Standortfaktoren. Hierzu zählen Eigenschaften wie städtische Lebensqualität, Diversität und kulturelle Offenheit einer Region. Weisen Städte gute Voraussetzungen bei den klassischen Standortfaktoren auf, können die weichen Faktoren, insbesondere für hoch qualifizierte junge Arbeitskräfte und kreative Unternehmen, ausschlaggebend für die Standortentscheidung sein.¹⁰

⁹ Vgl. zur Auswahl der Indikatoren Bräuninger/Stiller (2008).
¹⁰ Vgl. Murie/Musterd (2010).

Das HWWI/Berenberg Kulturstädteranking 2012¹¹

Die Attraktivität und Vielfalt der Kulturlandschaft sind wichtige Aspekte der Standort- und Lebensqualität für hoch qualifizierte und kreative Menschen. Sie werden vom kulturellen Angebot und Umfeld angezogen, auch für Touristen aus dem In- und Ausland ist dies ein wichtiges Kriterium für die Wahl eines Reiseziels.

Das HWWI/Berenberg Kulturstädteranking greift die vielseitige Bedeutung des kulturellen Klimas für die Stadtentwicklung auf und vergleicht zahlreiche Aspekte der Kulturproduktion und -rezeption. Dabei bezieht sich die Kulturproduktion auf Elemente und Grundlagen, die für die Entstehung von Kunst und Kultur notwendig sind, wie etwa die kulturelle Infrastruktur mit Opernhäusern und Theatern oder die kulturelle Bildung an Musik- und Kunsthochschulen. Die Kulturrezeption umfasst die Aufnahme des kulturellen Angebotes durch die Bewohner und Besucher der Städte. Sie zeigt sich beispielsweise in den verkauften Theater- und Museumskarten. Für die Kulturproduktion und -rezeption wurden Indikatoren herangezogen, über deren Auswertungen nur quantitative Aussagen entnommen werden. Über die qualitative Ausstattung beispielsweise von Theaterstätten oder die Bedeutung der Kunstsammlung eines Museums können in dem Ranking keine Aussagen getroffen werden.

Der Städtevergleich zeigt deutliche Unterschiede bezüglich der Kulturlandschaft in den deutschen Städten. Den Spitzenplatz nimmt Baden-Württembergs Landeshauptstadt Stuttgart ein. Die Schwabenstadt liegt sowohl bei der Fülle ihres kulturellen Angebotes als auch bei der Nachfrage nach Kultur vorne und schneidet insgesamt bei allen untersuchten Kulturstandortfaktoren gut ab. Zudem ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Kulturwirtschaft mit knapp 22% relativ hoch. Auf den weiteren Top-Plätzen im Kulturranking 2012 folgen Dresden und München. Erst danach kommen die Hauptstadt Berlin (Rang 4) und die Finanzmetropole Frankfurt am Main (Rang 6). Höher platzierte Städte bieten häufig gute Standortbedingungen, sowohl für die Kulturproduktion als auch für die Kulturrezeption. Hier hat die Kulturwirtschaft bereits eine hohe Bedeutung als Arbeitgeber. Die kulturell attraktiven Städte weisen außerdem die höchsten Bevölkerungszuwächse auf, was ihre Potenziale für die Kulturproduktion und -rezeption weiter erhöht. Der Städtevergleich zeigt, dass nicht nur die größten deutschen Städte mit ihrem kulturellen Angebot glänzen und so attraktiv für ihre Bewohner sind. Auch mittelgroße Städte wie Bonn (Rang 5) und Münster (Rang 7) sind im Ranking gut platziert. Die Schlusslichter bilden die Ruhrgebietsstädte.

In der Tendenz stärkt die Kulturwirtschaft die Bedeutung der Städte als Impulsgeber für regionales Wachstum. Mehr denn je gilt das kulturelle Angebot jedoch nicht nur als bedeutender Wirtschaftsfaktor und Basis für ökonomischen Erfolg, sondern auch als Impulsgeber



Kasten 1

11 Vgl. Stiller/Wedemeier (2012).

für die städtische Lebensqualität. Städte mit einer reichhaltigen kulturellen Infrastruktur ziehen Arbeitskräfte an und stärken somit ihre regionale Position im Standortwettbewerb, insbesondere um Fachkräfte. Für diese räumlichen Entwicklungsprozesse sind die sich gegenseitig beeinflussenden Standortentscheidungen von Unternehmen und Arbeitskräften relevant. Dies hat Rückwirkungen auf die weiteren Entwicklungspotenziale und die Zukunftsfähigkeit der Städte.

Kasten 1

Neben gut ausgebildeten einheimischen werden auch ausländische Arbeitskräfte immer wichtiger für die wirtschaftliche Entwicklung von Städten. Besonders im Zusammenhang mit der Debatte um einen drohenden Fachkräftemangel in Deutschland wurde vermehrt auf das Potenzial hoch qualifizierter Migranten verwiesen.¹² International ausgerichtete Städte haben zudem die besten Chancen, vom zunehmenden Welthandel zu profitieren. Viele der am dynamischsten wachsenden Unternehmen operieren heute in internationalen Netzwerken und Partnerschaften.¹³ Gerade diese Unternehmen können von gut ausgebildeten ausländischen Arbeitskräften profitieren. Darüber hinaus können für Regionen insgesamt weiter gehende positive Effekte entstehen. Durch eine hohe kulturelle Durchmischung steigt die Attraktivität einer Region für weitere hoch qualifizierte Migranten sowie auch generell für junge kreative Arbeitskräfte. Dies kann besonders bei der Ansiedlung ausländischer Unternehmen von Vorteil sein, wenn hoch qualifizierte Mitarbeiter des Unternehmens mit einwandern oder Arbeitskräfte auf dem internationalen Arbeitsmarkt angeworben werden sollen. Dass die regionale Entwicklung von der Präsenz hoch qualifizierter Migranten und kultureller Durchmischung positiv beeinflusst werden kann, wurde in zahlreichen empirischen Studien bestätigt.¹⁴

Trotz der weiter zunehmenden Bedeutung sozialer Netzwerke (zum Beispiel Facebook und XING) und allgemein des Internets ist die räumliche Erreichbarkeit von Städten auch weiterhin ein wichtiger Standortfaktor, der im Rahmen des Städterankings untersucht wird. Besonders für Zulieferer und Transportunternehmen sind eine gute Infrastruktur und die Anbindung an andere wirtschaftliche Zentren von hoher Bedeutung. In wissensintensiven und kreativen Branchen ist die Erreichbarkeit ein wesentlicher Faktor, da in diesen Branchen häufig persönliche Kontakte (»Face-to-Face«) eine wichtige Rolle spielen. Dies ist etwa der Fall bei Lern- und Innovationsprozessen, in denen Vertrauensbeziehungen oder der Austausch von informellem Wissen prioritär sind. Ein wichtiger Standortfaktor ist dabei die Erreichbarkeit der europäischen Agglomerationen im kombinierten Pkw-/Luftverkehr, da gute Anbindungen zu anderen europäischen Zentren zentral für Unternehmensansiedlungen sind.

¹² Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2011).

¹³ Vgl. Scott (2006).

¹⁴ Vgl. Bellini et al. (2008); Niebuhr (2006); Saxenian (2006).

3.2 Bildung und Innovationsfähigkeit

Zur Beurteilung des Bildungsgrades in Städten wird der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss sowie mit Hochschulreife verglichen (vgl. Abb. 13). Beide sind Indikatoren für das Bildungspotenzial einer Stadt. Besonders der Anteil der Absolventen mit Hochschulreife ist ein wichtiges Maß für den regionalen Zugang zu der Ressource Wissen und den damit verbundenen potenziellen zukünftigen Innovationen. Zwar können Städte hiervon nur profitieren, wenn sie es schaffen, ihre gut ausgebildeten jungen Frauen und Männer in der Stadt zu halten, jedoch stellen die Schulabsolventen mit Hochschulreife eine entscheidende Voraussetzung hierfür dar. Des Weiteren wird zur Messung der Innovationsfähigkeit der Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten betrachtet. Städte mit einem unterdurchschnittlichen Anteil hoch qualifizierter Beschäftigter weisen geringere Patenterfolge auf als Städte, in denen das Qualifikationsniveau der Beschäftigten vergleichsweise hoch ist.¹⁵ Ein großer Pool an gut ausgebildeten Arbeitskräften stellt zudem einen Anreiz für Unternehmen dar, sich in der entsprechenden Stadt oder Region niederzulassen, um aus diesem Arbeitskräftepool schöpfen zu können. Daher misst dieser Indikator einen wichtigen Standortfaktor.

Hinsichtlich der Bildung bestehen zwischen den Städten zum Teil deutliche Unterschiede. Leipzig, Chemnitz und Nürnberg weisen einen Anteil von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss von über 10 % auf. In Bielefeld und Frankfurt am Main verlassen hingegen weniger als 4 % der Schüler die Schule ohne Hauptschulabschluss. Weitere fünf Städte – Bonn, Braunschweig, Münster, Aachen und Wiesbaden – konnten ihre Quote zudem unter 5 % senken. Bei den Schulabgängern mit Hochschulreife nehmen Chemnitz und Nürnberg eine ungünstige Position ein. Ihr Anteil liegt bei lediglich 31,7 % bzw. 30,6 %. Darunter befindet sich nur noch Gelsenkirchen mit einem Anteil von 29,1 %. Spitzenwerte bei den Absolventen mit Hochschulreife erreichen dagegen Hamburg (50,6 %) und Bonn (48 %), gefolgt von Münster (46,8 %), Aachen (46,6 %) und Braunschweig (44,4 %) (vgl. Abb. 13). Insgesamt lässt sich sowohl für den Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss als auch mit Hochschulreife ein positiver Trend im Vergleich zum HWWI/Berenberg Städteranking 2010 erkennen.¹⁶

Auch beim Anteil der Beschäftigten mit Fachhoch- oder Hochschulabschluss gibt es große Unterschiede zwischen den Städten. In den altindustriellen Städten des Ruhrgebietes Duisburg und Gelsenkirchen sowie in Mönchengladbach und Wuppertal liegt der Anteil teilweise weit unter 10 %. Die höchsten Werte hatten in 2011 Stuttgart und München. Hier sind mit jeweils 22 % mehr als ein Fünftel aller Beschäftigten Hochqualifizierte. Einen Anteil über 20 % konnten neben dem Spitzen-Duo noch Dresden (21,1 %) und Bonn (20,9 %) vorweisen. Die Hansestädte Bremen (13,1 %) und Hamburg (14,1 %) mit ihren Produktionsstandorten, unter anderem in der Luft- und Raumfahrt, liegen im Mittelfeld (vgl. Abb. 13).

¹⁵ Vgl. Bräuninger/Stiller (2008).
¹⁶ Vgl. Döll/Stiller (2010).

Bildungsniveau

	Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in %, 2011	Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife in %, 2011	Anteil der Beschäftigten mit Fachhoch- oder Hochschulabschluss an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in %, 2011
Aachen	4,7	46,6	17,6
Augsburg*	5,3	38,1	12,4
Berlin	9,2	41,3	15,2
Bielefeld	3,9	36,1	11,7
Bochum	5,8	36,0	11,0
Bonn	4,1	48,0	20,9
Braunschweig*	4,5	44,4	14,8
Bremen	7,2	40,7	13,1
Chemnitz	11,2	31,7	15,7
Dortmund	6,5	33,9	11,4
Dresden	8,0	36,3	21,1
Duisburg	7,9	32,8	9,8
Düsseldorf	5,8	38,3	16,6
Essen	6,8	39,1	13,9
Frankfurt am Main	3,6	38,6	18,7
Gelsenkirchen	9,6	29,1	8,5
Hamburg	7,0	50,6	14,1
Hannover*	7,7	42,8	15,2
Karlsruhe	7,2	42,0	15,7
Kiel	6,9	39,2	11,7
Köln	5,4	36,4	15,4
Leipzig	14,3	34,4	17,6
Mannheim	7,1	32,1	14,5
Mönchengladbach	7,3	33,6	8,4
München*	7,6	35,7	22,0
Münster	4,5	46,8	15,1
Nürnberg*	10,4	30,6	13,1
Stuttgart	5,3	39,7	22,0
Wiesbaden	4,7	34,3	15,5
Wuppertal	5,4	36,5	9,9

Abb. 13 * Werte des Schuljahres 2009/2010 wegen doppelter Abiturjahrgänge im Schuljahr 2010/2011.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2012); Statistische Ämter der Länder (2012); Berechnungen HWWI.

3.3 Internationalität

Der Standortfaktor Internationalität hat verschiedene Facetten und wird für den Städtevergleich anhand des Anteils ausländischer Studierender an allen Studierenden, des Anteils ausländischer Beschäftigter an allen Beschäftigten und der Anzahl ausländischer Übernachtungen pro Einwohner in einer Stadt analysiert. Eine Stadt, der es gelingt, vermehrt ausländische Studierende anzuziehen, zeigt zum einen, dass sie im Hochschulbereich über internationale, weitreichende Netzwerke verfügt sowie Anziehungskraft besitzt. Ausländische Studierende spielen zum anderen eine wichtige Rolle beim internationalen Wettbewerb um Unternehmensstandorte und hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Ein ausländischer Student, der eine Region bereits in seiner Ausbildung kennengelernt hat, wird später einen größeren Anreiz haben, dort auch eine Arbeit aufzunehmen. Für international agierende Unternehmen stellt dieses potenzielle Angebot an Arbeitskräften einen Anreiz dar, sich in der entsprechenden Region niederzulassen. Städte sollten von daher

Internationalität

	Anteil ausländischer Studierender in %, 2011/2012	Anteil ausländischer sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigter am Arbeitsort in %, 2011	Anzahl der ausländischen Übernachtungen im Fremdenverkehr pro Einwohner 2010
Aachen	15,1	10,8	0,94
Augsburg	9,7	10,0	0,67
Berlin	16,1	7,3	2,46
Bielefeld	7,1	7,7	0,26
Bochum	12,3	7,1	0,24
Bonn	12,4	8,6	0,86
Braunschweig	11,0	4,5	0,34
Bremen	14,2	6,9	0,65
Chemnitz	7,9	1,2	0,25
Dortmund	10,7	8,1	0,30
Dresden	9,9	2,2	1,22
Duisburg*	13,5	9,8	0,14
Düsseldorf	14,3	10,9	2,41
Essen*	13,6	7,2	0,39
Frankfurt am Main	17,3	15,6	3,97
Gelsenkirchen	11,7	7,5	0,18
Hamburg	11,2	8,6	1,03
Hannover	13,8	7,4	0,77
Karlsruhe	13,0	10,4	0,75
Kiel	7,7	3,6	0,41
Köln	11,7	11,0	1,54
Leipzig	10,1	2,0	0,76
Mannheim	11,6	12,6	0,75
Mönchengladbach	11,9	8,4	0,19
München	14,2	16,0	3,82
Münster	7,3	5,5	0,44
Nürnberg	10,3	11,3	1,42
Stuttgart	14,5	14,3	1,34
Wiesbaden	14,4	11,2	0,85
Wuppertal	12,4	10,3	0,19

* Geschätzte Werte für Essen und Duisburg, da eine Unterscheidung nach Städten bei der Universität Duisburg-Essen nicht möglich war.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2012); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012); Statistische Ämter der Länder (2012); Berechnungen HWWI.

Abb. 14

diesbezüglich Strategien entwickeln, um die in der Region universitär (und nichtuniversitär) ausgebildeten Fachkräfte an die Region zu binden.

Beim Anteil ausländischer Studierender liegen die Städte Frankfurt am Main (17,3 %), Berlin (16,1 %) und Aachen (15,1 %) weit vorne, unter anderem gefolgt von Stuttgart, Bremen und München (zwischen 14,5 % und 14,2 %). Die drei Städte Bielefeld, Münster und Chemnitz haben hingegen mit unter 8 % den niedrigsten Anteil an Studierenden aus dem Ausland. Insgesamt fällt auf, dass in den größeren westdeutschen Städten tendenziell ein höherer Anteil ausländischer Studenten zu beobachten ist als in den kleineren, peripher liegenden Städten wie beispielsweise Bielefeld, Kiel und Augsburg sowie in Ostdeutschland (mit Ausnahme von Berlin) (vgl. Abb. 14). Der Anteil ausländischer Beschäftigter wird ebenfalls als Indikator für die Internationalität einer Stadt herangezogen. Der Indikator zeigt, ob eine Stadt ein international attraktiver Arbeitsstandort ist und ob es gelingt, eine hohe Arbeitsmarktpartizipation bei Ausländern zu erzielen. Beides sind

wichtige Aspekte der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit einer Region in einer globalisierten Ökonomie. Zum anderen kann ein hoher Anteil ausländischer Arbeitskräfte die Attraktivität eines Standortes für andere ausländische Arbeitskräfte und Unternehmen positiv beeinflussen.

Während der Anteil der ausländischen Studierenden die Bevölkerungsstruktur von Ausländern in Deutschland widerspiegelt, zeigt sich dieses Bild noch deutlicher hinsichtlich des Anteils ausländischer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter. Lediglich 1,2 % bis 2,2 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den ostdeutschen Städten Chemnitz, Leipzig und Dresden sind Ausländer. Ebenfalls niedrige Zahlen weisen die kleineren westdeutschen Städte Kiel (3,6 %), Braunschweig (4,5 %) und Münster (5,5 %) auf. Die meisten ausländischen Arbeitnehmer gibt es relativ betrachtet – wie in den Jahren zuvor – in den als international geltenden Städten München (16 %), Frankfurt am Main (15,6 %) und Stuttgart (14,3 %) (vgl. Abb. 14). Untersuchungen zeigen, dass in diesen Städten das Bildungsniveau unter den Ausländern vergleichsweise hoch¹⁷ und ihre Arbeitslosenquote relativ niedrig ist.¹⁸ Für alle Städte gilt, dass sich der Anteil der ausländischen Beschäftigten im Vergleich zu 2009 zumindest leicht erhöht hat.¹⁹

Die Anzahl der ausländischen Übernachtungen pro Einwohner ist schließlich ein weiteres Indiz für die internationale Attraktivität und Sichtbarkeit einer Stadt. Bei den ausländischen Übernachtungsgästen pro Einwohner zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Städten. Frankfurt am Main und München liegen mit 3,97 beziehungsweise 3,82 Übernachtungen mit Abstand vor den anderen Städten. Dahinter liegen Berlin (2,46) und Düsseldorf (2,41) (vgl. Abb. 14). Die Gründe sind unter anderem, dass an den Standorten internationale Messen und Unternehmenszentralen zu finden sind. Zum anderen ist der hohe Anteil ausländischer Übernachtungen in den genannten Städten auch an Europas drittgrößtem Flughafen Frankfurt/Main sowie Großevents (zum Beispiel dem Oktoberfest oder der Berlinale) festzumachen. Die meisten Städte haben weniger als eine ausländische Übernachtung pro Einwohner. Besonders niedrig sind die Zahlen für Duisburg, Gelsenkirchen, Mönchengladbach und Wuppertal. Hier sind es weniger als 0,2 Übernachtungen pro Einwohner (vgl. Abb. 14). Auch bei der Entwicklung gibt es Unterschiede: Während Städte mit vergleichsweise höheren Werten die Übernachtungen von Ausländern pro Einwohner vielfach erhöhen konnten (zum Beispiel Augsburg, Bremen, Dresden, Hamburg und Wiesbaden, aber auch Berlin, Frankfurt am Main und München), sind die Zahlen für Städte mit eher geringer Bedeutung häufig noch weiter zurückgegangen.²⁰

3.4 Erreichbarkeit

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung errechnet die Erreichbarkeit von Städten anhand der durchschnittlichen Reisezeit zu 41 großen europäischen Agglomerationen im kombinierten Pkw-/Luftverkehr. Im Vergleich zeigt sich, dass hierbei der Standort eines internationalen Flughafens wie auch die geografische Lage Städten einen Standortvorteil verschafft. Von einem

¹⁷ Vgl. Damelang et al. (2010).

¹⁸ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2012).

¹⁹ Vgl. Doll/Stiller (2010).

²⁰ ebenda.

Erreichbarkeit

	Durchschnittliche Reisezeit zu 41 europäischen Agglomerationszentren im kombinierten Pkw-/Luftverkehr in Minuten, 2012	Durchschnittliche Reisezeit zu 41 europäischen Agglomerationszentren im kombinierten Pkw-/Luftverkehr in Minuten, 2007
Frankfurt am Main	185,9	188,3
Düsseldorf	189,0	192,8
Wiesbaden	192,0	193,9
Berlin	196,3	197,8
Duisburg	198,2	200,8
Köln	199,8	202,8
Essen	200,6	204,2
Stuttgart	204,0	204,0
Mönchengladbach	204,7	207,7
München	204,8	208,4
Bonn	205,7	209,0
Hamburg	206,0	207,3
Wuppertal	210,2	213,2
Bochum	212,3	214,4
Gelsenkirchen	216,8	219,3
Mannheim	219,5	221,4
Dortmund	221,7	218,5
Nürnberg	226,2	224,0
Karlsruhe	227,1	228,2
Region Hannover	229,2	231,3
Bremen	232,1	224,5
Städteregion Aachen	233,4	236,1
Augsburg	233,8	237,4
Dresden	240,7	252,0
Münster	243,7	239,5
Kiel	252,6	253,7
Leipzig	254,6	253,0
Braunschweig	255,2	255,7
Bielefeld	261,4	255,3
Chemnitz	279,0	285,7

Abb. 15

Quellen: BBSR (2012a); BBSR (2009); Darstellung HWWI.

großen Flughafen profitieren sowohl die Städte, in denen der Flughafen liegt (zum Beispiel Frankfurt am Main und Düsseldorf), als auch Städte in unmittelbarer Nähe (zum Beispiel Wiesbaden und Duisburg). Des Weiteren befinden sich einige Flughäfen zentral zwischen zwei Städten, beispielsweise der Flughafen Köln/Bonn. Bezüglich der geografischen Lage bietet der Südwesten Deutschlands die beste Erreichbarkeit für andere europäische Zentren. Die ostdeutschen Städte – außer Berlin – sind hingegen relativ schlecht an die 41 europäischen Agglomerationszentren angebunden. So ist die durchschnittliche Reisezeit für Leipzig und Chemnitz um mehr als eine Stunde höher als für den Spitzenreiter Frankfurt am Main. Von dort erreicht man die wichtigsten Agglomerationen Europas durchschnittlich in etwa drei Stunden. Am schlechtesten schneiden die Städte Chemnitz (279 Minuten), Bielefeld (261,4 Minuten) und Braunschweig (255,2 Minuten) ab.

Im Vergleich zu 2007 hat sich die Reisezeit für die Städte im Durchschnitt kaum verändert. Zwar konnten die meisten Städte ihre Werte verbessern, durchschnittlich jedoch nur um ein bis zwei Minuten. Dresden konnte als einzige der 30 Städte seine durchschnittliche Reisezeit im zweistelligen Minutenbereich (-11,3 Minuten) verbessern, allerdings ausgehend von einem Niveau mit einer relativ langen Reisezeit (54,8 Minuten mehr als Frankfurt am Main) (vgl. Abb. 15).

4. HWWI / Berenberg Städteranking

Die Indikatoren für die Städte werden im Folgenden in die drei Teilindizes »Trendindex«, »Standortindex« und »Demografieindex« subsumiert und abschließend in gleichen Teilen zu einem Gesamtindex zusammengefasst. Der Gesamtindex dient zur Einordnung der Stadt im Ranking. Das Ranking bietet eine Möglichkeit, die Position der Stadt mit den Positionen der anderen Städte zu vergleichen und entsprechend relevante Einflussfelder sowie Stärken und Schwächen zu identifizieren. Dennoch besteht wie bei jedem Ranking die Hauptproblematik in der Auswahl der Indikatoren, da diese einen maßgeblichen Einfluss auf die Positionierung haben. Auch werden bei dem vereinfachten Vergleich und der Auswahl der Indikatoren einzelne Stärken der Städte nicht adäquat berücksichtigt. Das HWWI/Berenberg Städteranking bietet trotz dieser verbundenen Problematiken eine relativ gute Vergleichsmöglichkeit.

- **Trendindex:** Er erfasst die Entwicklung der Bevölkerung für den Zeitraum 2005 bis 2011. Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit wird für die Jahre 2005 bis 2010 berechnet.²¹ Außerdem wird die durchschnittliche Produktivitätswachstumsrate im Zeitraum von 2005 bis 2010 berücksichtigt.²² Die drei Indikatoren fließen dann zu gleichen Teilen in den Trendindex ein.
- **Standortindex:** Die Standortfaktoren werden zu diesem Index zusammengefasst und bestehen je zu einem Drittel aus den Indikatoren der Bereiche »Bildung und Innovationfähigkeit«, »Internationalität« und »Erreichbarkeit«. Zur Messung des Teilindikators »Bildung und Innovationsfähigkeit« werden die Indikatoren »Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Wirtschaftszweigen in 2011«,²³ »Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in 2011«, »Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife in 2011«²⁴ und »Anteil der Beschäftigten mit Fachhoch- oder Hochschulabschluss am Arbeitsort in 2011« zu einem Indikator zusammengeführt. Hinzu kommt noch der Indikator »Anteil Beschäftigter in Forschung und Entwicklung in 2011«.²⁵ Zur Erfassung der Größe »Internationalität« werden die Indikatoren »Anteil ausländischer Studierender 2011/2012«, »Anteil ausländischer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort in 2011« und »Anzahl der ausländischen Übernachtungen im Fremdenverkehr pro Einwohner in 2010« zu gleichen Teilen herangezogen. Die Erreichbarkeit wird mit dem Indikator »Durchschnittliche Reisezeit zu 41 europäischen Agglomerationen in 2012« gemessen.

21 Für die Stadt Aachen konnte lediglich der Zeitraum von 2005 bis 2009 berücksichtigt werden, da Daten zu der Erwerbstätigenzahl für das Jahr 2010 lediglich für die Städteregion Aachen, von 2005 bis 2009 jedoch nur für die kreisfreie Stadt Aachen verfügbar waren.

22 Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013c). Aufgrund der Revision 2011 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder sind Angaben zu Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätigen von vor 2008 grundsätzlich nur eingeschränkt mit Angaben ab 2008 vergleichbar. Während die Abweichungen für die Erwerbstätigen vernachlässigbar sind, ergeben sich beim Bruttoinlandsprodukt teilweise erhebliche Unterschiede. Die Produktivitätsentwicklung konnte daher lediglich für den Zeitraum 2008 bis 2010 berechnet werden. Da der Trend in diesem Zeitraum aufgrund der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise jedoch stark verzerrt ist, wurde statt der Produktivitätsentwicklung die durchschnittliche Produktivitätswachstumsrate im Zeitraum von 2005 bis 2010 als Indikator im Trendindex berücksichtigt. Die Wachstumsraten der Jahre 2005 bis 2008 wurden hierbei anhand der Daten nach der alten Revision der VGR (WZ 2003) berechnet, während die Wachstumsraten von 2008 bis 2010 mithilfe von Angaben nach der neuen Revision 2011 (WZ 2008) bestimmt wurden.

23 Der im HWWI/Berenberg Städteranking 2010 verwendete Indikator »Produktivität« (BIP pro Erwerbstätigen) wird in der vorliegenden Studie durch den »Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Wirtschaftszweigen« ersetzt. Die Produktivität kann zwar als ein Aspekt der regionalen technologischen Leistungsfähigkeit interpretiert werden, dennoch misst der vorliegende Indikator besser die regionale Voraussetzung zur Erstellung von Leistungen für die Innovationsfähigkeit.

24 Die Angaben für Hannover, Braunschweig, Augsburg, München und Nürnberg beziehen sich auf das Schuljahr 2009/2010, da in Niedersachsen und Bayern nach dem Schuljahr 2010/2011 ein doppelter Abiturjahrgang die Schule verließ.

25 Aufgrund fehlender Angaben für 2011 wurden für Gelsenkirchen und Wuppertal Werte von 2008 verwendet.

Trendindex

Gewichtete Summe der Abweichung vom Mittelwert (in Standardabweichungen) für alle Indikatoren

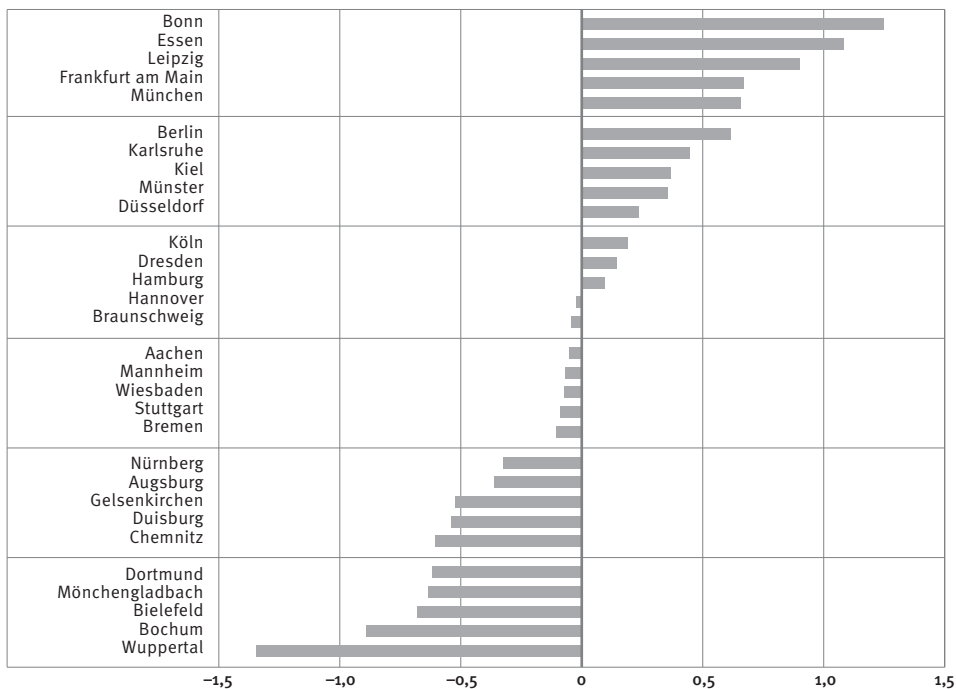


Abb. 16

Quellen: vgl. Übersicht 1, S. 34; Berechnungen HWWI.

- **Demografieindex:** Dieser Index wird auf Basis der prognostizierten »Entwicklung der Gesamtbevölkerung 2010 bis 2025«, der »Entwicklung des Anteils der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung 2010 bis 2025« und der »Entwicklung der Erwerbspersonen 2010 bis 2025«²⁶ berechnet. Hinzu kommt noch der Indikator »Durchschnittliche Fertilitätsrate der Jahre 2008 bis 2010«.

Die ehemalige Bundeshauptstadt Bonn liegt wie im Ranking 2010 aufgrund der ökonomischen und demografischen Entwicklung beim Trendindex vorn (vgl. Abb. 16). Die Bevölkerung und Erwerbstätigkeit nahm in der Stadt um 4,8 % beziehungsweise 9,8 % zu. Während Bonn beim Bevölkerungszuwachs zwar über dem Städtedurchschnitt liegt, jedoch unter anderem hinter München (9,4 %), Münster (7,7 %) und Frankfurt am Main (6,1 %), verzeichnete nur Berlin ein ähnlich hohes Erwerbstätigenwachstum (9 %). Auch die beiden deutschen Wirtschaftsschwergewichte Frankfurt am Main und München sind im Trendindex aufgrund der Bevölkerungs- beziehungsweise Erwerbstätigenentwicklung weit oben platziert (Rang 4 und 5). Essens gutes Abschneiden lässt sich durch die positive Erwerbstätigenentwicklung (+5,4 %) und eine überproportionale durchschnittliche Produktivitätsentwicklung von +7,7 % erklären. Der letztgenannte

²⁶ Im Gegensatz zum HWWI/Berenberg Städteranking 2010 wird in der vorliegenden Studie wieder auf Prognoseergebnisse des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, die auch Prognosen zu den Erwerbspersonen beinhalten, zurückgegriffen. Daher konnte der im HWWI/Berenberg Städteranking 2010 verwendete Indikator »Bevölkerungsanteil der erwerbsfähigen Bevölkerung« wieder durch den Indikator »Entwicklung der Erwerbspersonen«, der im HWWI/Berenberg Städteranking 2008 Berücksichtigung fand, ersetzt werden.

Standortindex

Gewichtete Summe der Abweichung vom Mittelwert (in Standardabweichungen) für alle Indikatoren

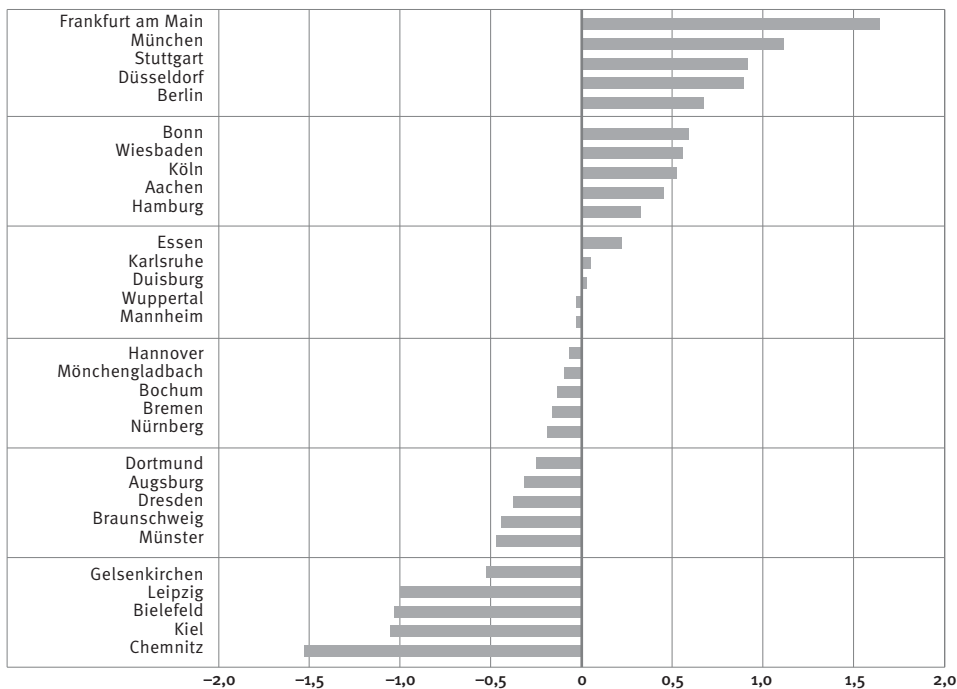


Abb. 17

Quellen: vgl. Übersicht 1, S. 34; Berechnungen HWWI.

Aspekt kann auf die positive Entwicklung des Energiesektors, aber in Teilen auch auf die wissensintensiven Dienstleistungen, zurückgeführt werden. Hingegen schrumpfte die Bevölkerung Essens um 2 %. Auf Platz drei im Trendindex befindet sich die Stadt der Völkerschlacht, Leipzig. Die sächsische Stadt hat in der jüngeren Vergangenheit einen schnellen »Catching-up-Prozess« erlebt. Ursache hierfür ist das hohe Bevölkerungs- und Erwerbstätigenwachstum von 5,8 % sowie 8,2 %. Die rote Laterne haben hingegen die nordrhein-westfälischen Städte Wuppertal, Bochum, Bielefeld und Mönchengladbach inne. Diesen Städten ist es weiterhin nicht gelungen, positive Entwicklungspfade zur Bewältigung des strukturellen Wandels zu beschreiten. Bielefeld, die Stadt am Teutoburger Wald, und Mönchengladbach haben es hingegen zumindest teilweise geschafft, eine positive Entwicklung einzuschlagen: So hat das Erwerbstätigenwachstum leicht angezogen, was auf eine künftige Wirtschaftsentwicklung mit positiverem Verlauf hoffen lässt.

Hinsichtlich des Standortindex (vgl. Abb. 17) zeigt sich folgendes differenziertes Bild: Frankfurt am Main ist mit Abstand auf Platz 1, gefolgt von München und dann nochmals mit Abstand von Stuttgart, Düsseldorf, Berlin und Bonn. Auf den letzten Plätzen finden sich Städte wie Bielefeld, Kiel und Chemnitz wieder. Die Mainmetropole kann vor allem beim Anteil der ausländischen Studierenden (17,3 %) punkten und verweist Berlin (16,1 %), Aachen (15,1 %) sowie

Demografieindex

Gewichtete Summe der Abweichung vom Mittelwert (in Standardabweichungen) für alle Indikatoren

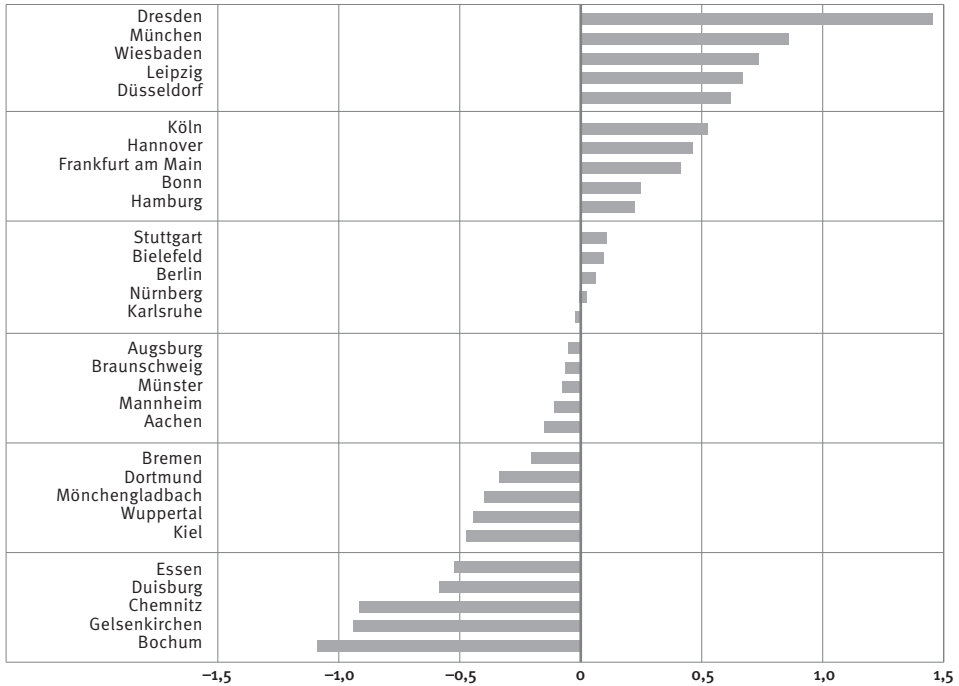


Abb. 18

Quellen: vgl. Übersicht 1, S. 34; Berechnungen HWWI.

unter anderem Düsseldorf (14,3 %) und Bremen (14,2 %) auf die Plätze. Auch bei der Betrachtung des Anteils der ausländischen Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung – wo Frankfurt lediglich von München übertrumpft wird – und der Anzahl der Übernachtungen von Ausländern (Platz 1) erzielt die Finanzmetropole ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis. In der Erreichbarkeit nimmt die Finanzstadt dank des internationalen Drehkreuzes Frankfurt/Main den ersten Platz ein (durchschnittliche Reisezeit von 185,9 Minuten zu 41 europäischen Agglomerationen im kombinierten Pkw-/Luftverkehr 2012).

Das Schlusslicht bei diesem Indikator bildet Chemnitz mit fast 100 Minuten mehr. Hinsichtlich der Innovationsfähigkeit und Bildung erreicht Aachen – noch vor Bonn und Frankfurt – Platz 1. Im Mittelfeld liegen Köln, Karlsruhe, Düsseldorf, aber auch Berlin, Wiesbaden und Hannover. Am unteren Ende der Rangfolge des Bildungs- und Innovationsindikators befinden sich Gelsenkirchen, Duisburg und Mönchengladbach, wobei Letztere im Standortindex im guten Mittelfeld (Platz 13 und 17) liegen, was sich vordergründig durch das relativ gute Abschneiden beim Indikator Erreichbarkeit erklären lässt.

Auch beim Demografieindex (vgl. Abb. 18) ergeben sich erhebliche Diskrepanzen zwischen den betrachteten Städten: Während Dresden das Ranking der Demografieaspekte deutlich

HWWI / Berenberg Städteranking 2013

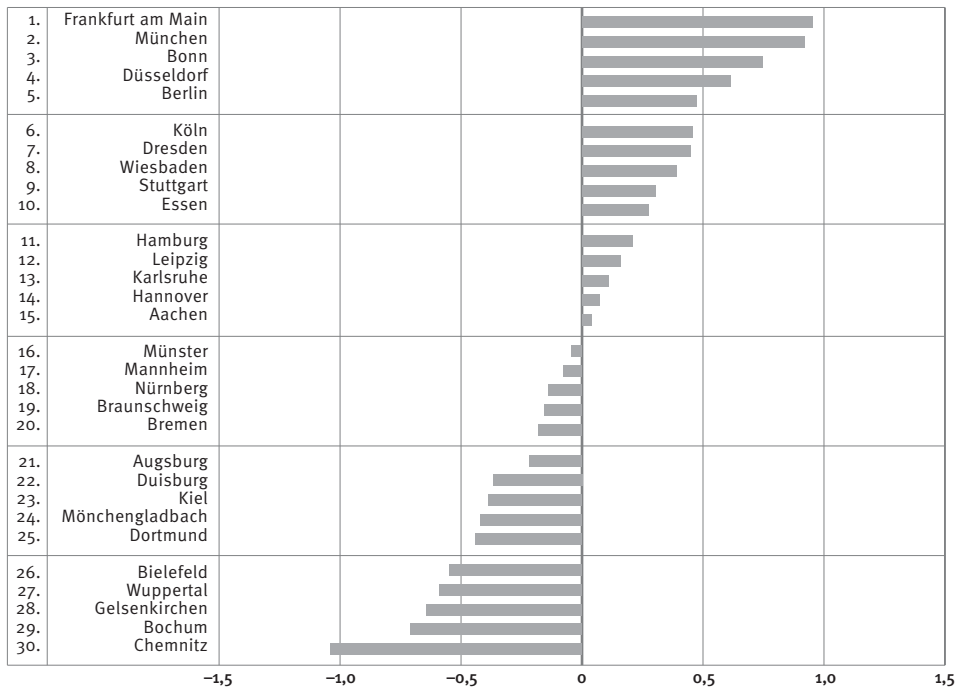


Abb. 19

Quellen: siehe Übersicht 1, S. 34; Berechnungen HWWI.

dominiert, bilden Chemnitz, Gelsenkirchen und Bochum das Schlusslicht. Grund hierfür ist vor allem Dresdens im Städtevergleich überdurchschnittliche Fertilitätsrate von 1,49 Kindern pro Frau, da sich nach der Prognose auch zahlreiche weitere Städte – unter anderem München, Köln, Stuttgart, Düsseldorf und Hannover – positiv beim allgemeinen Bevölkerungszuwachs und beim Zuwachs der Bevölkerung unter 20 Jahren entwickeln werden. Chemnitz hat unter allen betrachteten Städten den größten Rückgang (-20,8%) an Erwerbspersonen von 2010 bis 2025 zu erwarten, einzig die Fertilitätsrate im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2010 ist eine der höchsten unter den 30 größten Städten, wodurch immerhin noch Platz 28 erreicht werden kann.

Abbildung 19 zeigt die Positionierung der 30 Städte im HWWI/Berenberg Gesamtranking, das die Ergebnisse der drei Bereiche Trend, Standort und Demografie zusammenfasst. Auf den ersten beiden Plätzen befinden sich unangefochten die Städte Frankfurt am Main und München. Der Abstand zwischen Frankfurt und München ist im Vergleich zu 2010 und 2008 noch kleiner geworden. Den dritten Platz belegt Bonn, gefolgt von Düsseldorf, Berlin und Köln. Die wesentlichen Erklärungsgründe für die herausragende Stellung von Frankfurt am Main und München liegen im guten Abschneiden bei allen drei Indizes, insbesondere jedoch beim Standortindex. Hervorzuheben sind die guten sozioökonomischen Entwicklungen in Essen (von Platz 21 auf 10),

HWWI/Berenberg-Städteranking: Platzierungen 2013 und 2010²⁷

	2013	2010	Differenz 2013–2010	Veränderung
Frankfurt am Main	1	1	–	=
München	2	2	–	=
Bonn	3	4	1	↑
Düsseldorf	4	3	–1	↓
Berlin	5	8	3	↑
Köln	6	5	–1	↓
Dresden	7	9	2	↑
Wiesbaden	8	6	–2	↓
Stuttgart	9	16	7	↑
Essen	10	21	11	↑
Hamburg	11	7	–4	↓
Leipzig	12	11	–1	↓
Karlsruhe	13	13	–	=
Hannover	14	10	–4	↓
Aachen	15	12	–3	↓
Münster	16	15	–1	↓
Mannheim	17	23	6	↑
Nürnberg	18	14	–4	↓
Braunschweig	19	22	3	↑
Bremen	20	18	–2	↓
Augsburg	21	19	–2	↓
Duisburg	22	17	–5	↓
Kiel	23	24	1	↑
Mönchengladbach	24	26	2	↑
Dortmund	25	20	–5	↓
Bielefeld	26	27	1	↑
Wuppertal	27	28	1	↑
Gelsenkirchen	28	25	–3	↓
Bochum	29	29	–	=
Chemnitz	30	30	–	=

Abb. 20

Quelle: Berechnungen HWWI.

Stuttgart (von Platz 16 auf 9) und Mannheim (von Platz 23 auf 17) im Vergleich zum HWWI/Berenberg Städteranking 2010 (vgl. Abb. 20). Auch Berlin und Braunschweig verbesserten sich um drei Plätze. Insgesamt gab es verglichen mit dem letzten Ranking sonst keine weiteren großen Änderungen, allerdings verschlechterten sich Duisburg und Dortmund um jeweils fünf Plätze. Für die zwei Städte an der Spitze des Rankings können die gegenwärtigen Bedingungen und die Entwicklungsperspektiven auch in der nahen Zukunft insgesamt als sehr günstig bewertet werden, weil sie in keinem der betrachteten Bereiche ausgeprägte Defizite aufweisen. Hervorzuheben sind zudem die Platzierungen Berlins und Dresdens unter den ersten zwölf Städten. Insbesondere Berlin hat sich seit dem HWWI/Berenberg Städteranking 2008 kontinuierlich verbessert. Die Entwicklung erfolgte aufgrund günstiger Verläufe im Trend- und Standortindex mit einer sehr hohen Dynamik. Deshalb ist auch in Zukunft damit zu rechnen, dass sich die deutsche Bundeshauptstadt regelmäßig unter den ersten fünf Städten wiederfinden wird.

²⁷ Die Indikatoren im HWWI/Berenberg Städteranking 2013 und 2010 unterscheiden sich in drei Aspekten. Im Standortindex wird die Produktivität durch den Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Wirtschaftszweigen ersetzt, da dieser Indikator die regionalen Voraussetzungen zur Erstellung von Leistungen für die Innovationsfähigkeit besser erfasst. Im Trendindex findet die durchschnittliche Produktivitätswachstumsrate im Zeitraum von 2005 bis 2010 Berücksichtigung, wo sie aufgrund der Folgen der Revision 2011 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder anstelle der Produktivitätsentwicklung verwendet wird (vgl. Fußnote 22). Die Indikatoren des Demografieindex werden wieder an das HWWI/Berenberg Städteranking 2008 angeglichen, indem statt des Bevölkerungsanteils der erwerbsfähigen Bevölkerung wieder die Entwicklung der Erwerbspersonen berücksichtigt wird. Die Ergebnisse der Rankings 2013 und 2010 sind trotz der genannten Unterschiede vergleichbar, weil ein Großteil der Indikatoren beibehalten wird und die neuen Indikatoren ähnliche Aspekte wie die vormals verwendeten abbilden.

Indikatoren	Quellen
Anteil ausländischer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort 2011.	Bundesagentur für Arbeit (2012).
Anteil ausländischer Studierender 2011/2012.	Statistische Ämter der Länder (2012).
Anteil Beschäftigter in Forschung und Entwicklung an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt 2011.*	Bundesagentur für Arbeit (2012).
Anteil Beschäftigter in wissensintensiven Wirtschaftszweigen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt 2011.**	Bundesagentur für Arbeit (2012).
Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife 2011.****	Statistische Ämter der Länder (2012).
Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2011.****	Statistische Ämter der Länder (2012).
Anteil der Beschäftigten mit Fachhoch- oder Hochschulabschluss am Arbeitsort 2011.	Bundesagentur für Arbeit (2012).
Anzahl der ausländischen Übernachtungen im Fremdenverkehr pro Einwohner 2010.	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012).
Durchschnittliche Reisezeit zu 41 europäischen Agglomerationszentren im kombinierten Pkw-/Luftverkehr 2012 in Minuten.**	BBSR (2012a).
Durchschnittliche Fertilitätsrate 2008 bis 2010.**	BBSR (2012a).
Durchschnittliche Produktivitätswachstumsrate 2005 bis 2010.****	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a, b).
Entwicklung des Bevölkerungsanteils der unter 20-Jährigen 2010 bis 2025, in %-Punkten.	BBSR (2012b); IT.NRW (2013); LSKN (2013).
Entwicklung der Bevölkerung 2005 bis 2011 in %.	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a); LSKN (2013).
Entwicklung der Bevölkerung 2010 bis 2025 in %.	BBSR (2012b); IT.NRW (2013); LSKN (2013).
Entwicklung der Erwerbstätigen 2005 bis 2010 in %.****	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a, b).
Entwicklung der Erwerbspersonen 2010 bis 2025 in %.**	BBSR (2012b).

* Angaben für Gelsenkirchen und Wuppertal für 2008.
** Daten für Aachen und Hannover beziehen sich auf die Städteregion Aachen beziehungsweise auf die Region Hannover.
*** Angaben für Hannover, Braunschweig, Augsburg, München und Nürnberg für 2010.
**** Daten für Hannover beziehen sich auf die Region Hannover. Wachstumsraten von 2005 bis 2008 für die kreisfreie Stadt Aachen, von 2008 bis 2010 für die Städteregion Aachen.
***** Daten für Hannover beziehen sich auf die Region Hannover. Angaben für Aachen von 2005 bis 2009.

Übersicht 1

Teil 2: Stadtportrait Bremen

Bremen in Zahlen

Einwohner am 31.12.2011: 548.319

Bevölkerungsdichte: 1.685 Menschen pro km²

Bevölkerungswachstum 2000 bis 2011: 1,7 % (Deutschland: -0,5 %)

BIP pro Kopf 2010: 42.055 Euro (Deutschland: 30.294 Euro)

Produktivität 2010: 68.017 Euro (Deutschland: 61.076 Euro)

Produktivitätswachstum 2008 bis 2010: -3,9 % (Deutschland: -0,4 %)

Arbeitslosenquote im Oktober 2012: 10,2 % (Deutschland: 6,5 %)

1. Bevölkerung¹

Bremen ist, gemessen an der Bevölkerungszahl, mit 548.319 Einwohnern die zehntgrößte Stadt Deutschlands. Mit einer Bevölkerungsdichte von 1.685 Einwohnern je km² ist die Hansestadt jedoch im Städtevergleich relativ dünn besiedelt. Als einer der drei Stadtstaaten nimmt Bremen als eigenständiges Bundesland im Vergleich zu vielen anderen deutschen Großstädten eine politische Sonderrolle ein. Der Stadtstaat besteht aus zwei Stadtgemeinden (Bremen und Bremerhaven). Zum Beispiel hinsichtlich des Schul- und Polizeiwesens verfügen beide über eine Selbstverwaltung und getrennte Gestaltungsrahmen. Insgesamt lebten im Bundesland Bremen am 31.12.2011 661.301 Menschen, wobei hiervon 82,9 % auf die Stadt Bremen entfielen.

Obwohl die Geburtenzahl in jedem Jahr seit der Jahrtausendwende geringer als die Anzahl der Sterbefälle war, gab es in der Freien Hansestadt Bremen eine positive Bevölkerungsentwicklung aufgrund in- und ausländischer Zuwanderer. Seit 2000 nahm die Bevölkerung der Stadt an der Weser um 1,7 % zu, was zwar über dem deutschen Durchschnittszuwachs lag (Bevölkerungsrückgang um 0,5 %), jedoch im Vergleich der 30 größten deutschen Städte unterdurchschnittlich ist (Bevölkerungszuwachs von 3,7 %).² Die meisten ausländischen Einwanderer nach Bremen stammten im Jahr 2010 aus Bulgarien (1.310 Personen) und Polen (1.104 Personen).³ Einer Prognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung zufolge wird die Hansestadt den positiven Bevölkerungstrend jedoch nicht aufrechterhalten können. Zum Ende des Jahres 2025 wird ein Bevölkerungsstand von 545.300 Personen prognostiziert,⁴ was einem moderaten Rückgang von 0,6 % bezogen auf 2011 entspricht.

Die Entwicklung der Haushaltsstruktur Bremens ist, wie im Bundesdurchschnitt, von der Tendenz zu kleineren Haushaltsgrößen geprägt. Diese Entwicklung wird sich in Zukunft derart verstärken, dass sie nicht mit einer entsprechenden Verringerung der Anzahl der Haushalte durch den erwarteten Rückgang der Bevölkerung einhergeht. Die Anzahl der kleinen Haushaltsgrößen

¹ Wenn nicht anders ausgewiesen, stammen die Zahlen für Bremen vom Statistischen Landesamt Bremen (2013).

² Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012a).

³ Vgl. Statistisches Bundesamt (2011a).

⁴ Vgl. BBSR (2012).

Entwicklung der Haushaltsstruktur Bremens, 2010–2025

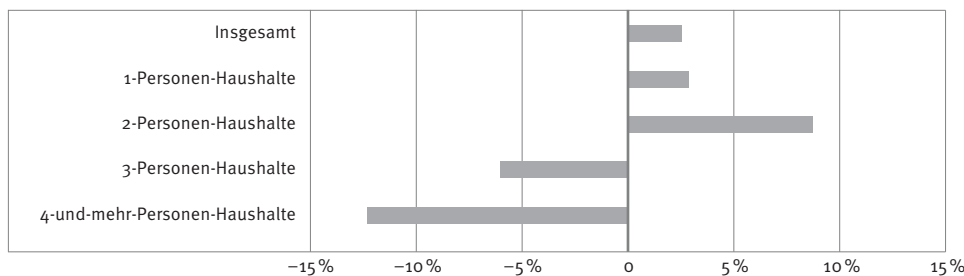


Abb. 1

Quellen: BBSR (2012); Berechnungen HWWI.

wird daher entgegen dem Bevölkerungstrend zunehmen. Nach einer Prognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung wird im Jahr 2025 die Anzahl der Bremer Haushalte insgesamt um 2,3% größer als heute sein (vgl. Abb. 1). Einen besonders starken Zuwachs wird die Anzahl kleinerer Haushalte erfahren. Demnach werden im Jahr 2025 in Bremen 2,5% mehr 1-Personen-Haushalte und sogar 8,2% mehr 2-Personen-Haushalte als im Jahr 2010 existieren. Größere Haushalte werden in Zukunft dagegen erheblich seltener vorzufinden sein. Dies betrifft insbesondere Haushalte, die vier oder mehr Personen umfassen. Im Vergleich zu 2010 wird die Zahl dieser Haushalte im Jahr 2025 um 12,3% zurückgegangen sein (vgl. Abb. 1).

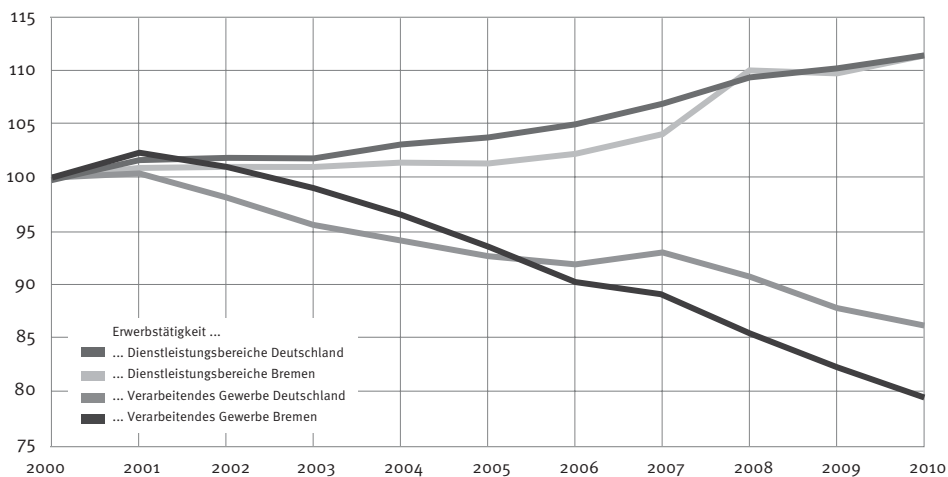
Für die kommunale Verwaltung ist diese Entwicklung mit neuen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt verbunden. Insbesondere untere Einkommensschichten sowie die ältere Bevölkerung, die eine speziell auf sie zugeschnittene Wohninfrastruktur benötigt, müssen gesondert berücksichtigt werden. Gegenwärtig entstehen zudem bereits viele neue attraktive Dienstleistungs- und Wohnflächen in der Überseestadt, aber auch in anderen innerstädtischen Quartieren, wie im Neuen Hulsberg-Viertel oder auf dem Bremer Stadtwerder.

2. Wirtschaft im Überblick

Die Entwicklung der sektorspezifischen Erwerbstätigenzahlen folgt in Bremen dem bundesdeutschen Trend. Während die Anzahl der Arbeitskräfte im sekundären Sektor kontinuierlich zurückgeht, kann der tertiäre Sektor deutliche Zuwächse bei den Erwerbstätigen vorweisen (vgl. Abb. 2). Größte Arbeitgeber in Bremen und der Metropolregion Bremen sind unter anderem das Mercedes-Benz Werk in Bremen-Sebaldsbrück, die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG), die NORD-SEE GmbH in Bremerhaven und aus dem Produzierenden Gewerbe das Stahlunternehmen ArcelorMittal. Zudem sind in Bremen einige bedeutende Nahrungsmittelfirmen mit ihrem Hauptsitz oder ihrer Europa- beziehungsweise Deutschlandzentrale ansässig. Darunter befinden sich

Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen nach Sektoren, 2000–2010

Index 2000 = 100



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a, b);
Berechnungen HWWI.

Abb. 2

zum Beispiel die Brauerei Becks, Kellogg's, Kraft Foods, der Premium-Schokoladenproduzent HACHEZ und die Nordmilch eG.⁵ Darüber hinaus stellt die wissensintensive Luft- und Raumfahrtindustrie einen wichtigen Arbeitgeber für die gesamte Region dar (vgl. Kasten 1).

Als positiv stellt sich der interregionale Vergleich der Wirtschaftsleistung der Stadt an der Weser heraus. Mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 42.055 Euro lag die Stadt im Jahr 2010 um 38,8 % über dem deutschen Durchschnitt. Im Vergleich der 30 größten Städte schneidet Bremen mit diesem Wert jedoch lediglich durchschnittlich ab (Platz 14). Wird die Geschwindigkeit des Überwindens der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise anhand der Produktivitätsentwicklung gemessen, ergibt sich für die Hansestadt ein erhebliches Aufholpotenzial. Verglichen mit 2008 war die Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) im Jahr 2010 um 3,9 % zurückgegangen. Lediglich vier der 30 größten Städte – Dortmund, Düsseldorf, Mannheim und Münster – hatten bis 2010 einen stärkeren Produktivitätsrückgang gegenüber 2008 zu verzeichnen.⁶ Ein positiver Trendverlauf zeigt sich bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Im Juni 2012 stieg die Anzahl abhängig beschäftigter Arbeitnehmer in der Stadt Bremen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,5 % beziehungsweise 3.761 Personen auf 247.891 Beschäftigte.⁷

Trotz rückläufiger Bedeutung (vgl. Abb. 2) stellt das Verarbeitende Gewerbe in Bremen noch immer die größte Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter. Im Jahr 2012 waren 48.563 Arbeitnehmer in diesem Wirtschaftsbereich tätig. Somit arbeiteten 19,6 % der in Bremen abhängig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe. Weitere für den Arbeitsmarkt wichtige Wirtschaftszweige sind der Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (33.472 Arbeitnehmer), Gesundheits- und Sozialwesen (28.274 Arbeitnehmer), Verkehr und

5 Vgl. Wirtschaftsförderung Bremen (2012a).

6 Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013b).

7 Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2013a).

Spezialisierungsmuster* in der Stadt Bremen, 2012

	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Lokations- koeffizient**
Verarbeitendes Gewerbe	48.563	0,87
Sonstiger Fahrzeugbau	5.343	4,47
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	2.013	1,60
Metallerzeugung und -bearbeitung	3.728	1,38
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	4.155	1,15
Energieversorgung	1.748	0,86
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	2.316	1,19
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	1.802	1,33
Baugewerbe	9.633	0,68
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	33.472	0,94
Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	14.046	1,21
Verkehr und Lagerei	25.724	2,02
Schifffahrt	1.509	6,31
Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	17.108	3,09
Post-, Kurier- und Expressdienste	2.052	1,11
Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	5.021	1,09
Gastgewerbe	7.132	0,92
Gastronomie	5.566	1,03
Information und Kommunikation	7.821	1,04
Rundfunkveranstalter	645	1,41
Telekommunikation	858	1,35
Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	4.775	1,08
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	7.677	0,89
Mit Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundene Tätigkeiten	1.989	1,47
Grundstücks- und Wohnungswesen	2.987	1,58
Grundstücks- und Wohnungswesen	2.987	1,58
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	17.889	1,21
Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	754	1,66
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	5.089	1,29
Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	4.713	1,19
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	4.185	1,18
Werbung und Marktforschung	1.243	1,18
Forschung und Entwicklung	1.710	1,03
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	22.423	1,30
Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	1.189	1,88
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	10.769	1,53
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen anderweitig nicht genannt	2.882	1,19
Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	1.336	1,13
Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	5.715	1,07
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	8.678	0,61
Erziehung und Unterricht	11.448	1,21
Erziehung und Unterricht	11.448	1,21
Gesundheits- und Sozialwesen	28.274	0,90
Sozialwesen (ohne Heime)	6.068	1,10
Kunst, Unterhaltung und Erholung	2.774	1,32
Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten	496	1,66
Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten	774	1,39
Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	1.085	1,33
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	8.919	1,30
Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)	5.685	1,48
Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen	3.001	1,11

Abb. 3

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2013b); Berechnungen HWWI.

* Berücksichtigt wurden die Abschnitte C bis S sowie die untergeordneten Abteilungen auf zweistelliger Ebene mit einem Lokationskoeffizienten > 1.
 ** Der Lokationskoeffizient bezieht den Anteil der Beschäftigten in einer Untersuchungsregion auf den entsprechenden Anteil in einer Vergleichsregion (Deutschland). Wenn die Werte > 1 sind, zeigen sie eine höhere Konzentration der beobachteten Wirtschaftszweige an als im Bundesdurchschnitt. Umgekehrt ist ein Wirtschaftszweig unterproportional vertreten, wenn die Werte < 1 sind.

Lagerei (25.724 Arbeitnehmer) und die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (22.423 Arbeitnehmer) (vgl. Abb. 3), zu denen auch die Zeitarbeit (Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften) zählt.⁸ Der Wirtschaftszweig Gesundheits- und Sozialwesen mit seinen Kliniken nimmt dabei nicht nur eine zentrale Rolle für die Versorgungsdienstleistung der Stadt Bremen ein, sondern auch für die Grundversorgung des niedersächsischen Umlandes.

Eine starke Konzentration mit überproportionaler Bedeutung für die Beschäftigung am Standort im Vergleich zu Gesamtdeutschland wird durch die Betrachtung der jeweiligen Lokationskoeffizienten verdeutlicht. Ein Lokationskoeffizient größer eins weist auf eine überdurchschnittliche relative Beschäftigung im Vergleich zum deutschen Durchschnitt hin. Abb. 3 stellt dabei die Wirtschaftszweige dar, die solche eine Konzentration aufweisen. Dies sind insbesondere die Zweige des Wirtschaftsabschnitts Verkehr und Lagerei und hierunter vor allem die Schifffahrt. Bremens große Bedeutung im Bereich des Luft- und Raumfahrzeugbaus (vgl. Kasten 1) wird darüber hinaus durch den hohen Lokationskoeffizienten des Wirtschaftszweiges »Sonstiger Fahrzeugbau« widerspiegelt, der als sogenannter Zweisteller auch den dreistelligen Wirtschaftszweig »Luft- und Raumfahrzeugbau« umfasst. Die lokale Konzentration in anderen Wirtschaftsbereichen ist hingegen deutlich geringer (vgl. Abb. 3).

Der Anteil der Beschäftigten mit Fachhoch- oder Hochschulabschluss an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort lag in Bremen im Jahr 2011 bei 13,1 %. Hiermit rangiert die Hansestadt im Städtevergleich im unteren Mittelfeld auf Platz 20 gleichauf mit Nürnberg, zwischen Essen (13,9 %) und Augsburg (12,4 %).⁹ Dieser Aspekt ergänzt sich mit der Tatsache, dass die Innovationsfähigkeit Bremens – gemessen an den Patentanmeldungen und den Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten – unterdurchschnittlich ist. Im Jahr 2011 kamen im Bundesland Bremen lediglich 23 Patentanmeldungen auf 100.000 Einwohner, was – mit Ausnahme von Schleswig-Holstein (17 Patente auf 100.000 Einwohner) – dem niedrigsten Wert aller westdeutschen Bundesländer entspricht.¹⁰ Bei den Beschäftigten im Bereich der Forschung und Entwicklung (FuE) konnte die Stadt Bremen ihre Position in den vergangenen Jahren hingegen verbessern. Während 2007 lediglich 0,35 % aller Bremer Beschäftigten in der FuE tätig waren, was um 0,19 Prozentpunkte unter dem deutschen Durchschnitt des Jahres 2005 lag,¹¹ konnte dieser Anteil im Jahr 2011 auf 0,5 % ausgeweitet werden. Dieser Wert liegt jedoch nach wie vor im Bundesvergleich (0,6 %) und im Vergleich der 30 größten Städte (1,0 %) unter dem Durchschnitt.¹² Das Land Bremen hat für die weitere Entwicklung des Innovationsstandortes einige Programme (unter anderem das Innovationsprogramm 2020 und die Cluster-Strategie 2020) erstellt, die auch die Belange der kleinen und mittleren Unternehmen ansprechen sollen; unter anderem durch den Unternehmensservice Bremen als zentrale Anlaufstelle für die Wirtschaftsförderung und Beratung.¹³ Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Tatsache, dass sich die Hansestadt in einigen wachsenden Wirtschaftszweigen als Standort etabliert hat (vgl. Kasten 1), ist für die Zukunft mit einer weiteren Zunahme der FuE-Beschäftigung zu rechnen.

8 Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2013a).

9 Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2012).

10 Vgl. Deutsches Patent- und Markenamt (2012).

11 Vgl. Bräuningner/Stiller (2008).

12 Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2012).

13 Vgl. Lutzky et al. (2012).

Luft- und Raumfahrt am Standort Bremen

Bremen ist im Bereich des Luft- und Raumfahrzeugbaus ein bedeutender Standort in Deutschland. Im Jahr 2011 arbeiteten 5.043 Beschäftigte am Standort Bremen in diesem Wirtschaftszweig, was 9% der gesamten Industriebeschäftigung Bremens entspricht.¹⁴ Die Arbeitsfelder in der Luft- und Raumfahrt sind bei den bremischen Unternehmen dabei sehr breit gefächert, und somit wird in der Region eine große Zahl hoch qualifizierter Arbeitsplätze in unterschiedlichen Bereichen geschaffen. Besonders hervorzuheben sind dabei der Luftfahrzeugbau und die Entwicklungs-, Produktions- und Forschungskapazitäten im Bereich der Satelliten, der bemannten Raumfahrt und des Raumtransports. International bekannte Unternehmen, die in Bremen entwickeln und produzieren, sind zum Beispiel EADS mit seinen Gesellschaften Airbus Operations GmbH und Astrium GmbH sowie die OHB-System AG. Aber auch die Zuliefererbetriebe wie HUTCHINSON Aerospace GmbH, Premium AEROTEC und P3 Voith Aerospace GmbH sowie zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen tragen zu Bremens Bedeutung als Standort für die Luft- und Raumfahrtindustrie bei.¹⁵

Bremen unterstützt seit 2004 mit europäischen Strukturfondsmitteln die Raumfahrtforschung, -technologie und deren Anwendung, um die Region als Innovations- und Technologiestandort in diesem Wirtschaftszweig nachhaltig zu stärken.¹⁶ Anfänglich geschah dies mit dem von Bremen entwickelten Programm »InnoVision 2010«, mittlerweile erfolgt die Förderung mit dem Programm »InnoVision 2020«. Damit sollen die Ziele der Europäischen Union umgesetzt werden, die Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum Europas zu stärken und damit einen dynamischen wissensbasierten Wirtschaftsraum mit steigender Beschäftigung sicherzustellen. Als Schlüsselindustrie in der Region Bremen stellt die Luft- und Raumfahrt ein Schwerpunktthema in der Landespolitik dar. Im Sinne einer besseren Vernetzung der Branchen mit weiteren standortrelevanten Arbeitsgebieten arbeitet die Politik eng mit der Wirtschaft zusammen.¹⁷

Ein weiterer wichtiger Standortfaktor ist die Wissenschaft. Bremen fördert die Kooperation mit Universitäten, Forschungseinrichtungen und industriellen Partnern mit dem Ziel, ein kompetentes Forschungsnetzwerk aufzustellen. Die bedeutende Rolle der Luft- und Raumfahrtbranche wird von der Exzellenz-Universität Bremen durch das Zentrum für angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation (ZARM) flankiert. Auch an der Hochschule Bremen wird das Thema der Luft- und Raumfahrt als Forschungs-Cluster aufgegriffen – unter anderem mit den Ausbildungsbereichen Luftfahrtsystemtechnik und -management sowie Aeronautical Management. Zudem wird an der privaten Jacobs University beispielsweise zum Thema Biotreibstoffe aus Algenmasse für den Luftverkehr geforscht. Hierfür wurde eigens ein Spin-off-Unternehmen gegründet, das in einer Versuchsanlage beim Kraftwerk Bremen-Farge die industrielle Herstellung und den Vertrieb von Algen testet.¹⁸



14 Vgl. Biermann et al. (2012).

15 Vgl. Wirtschaftsförderung Bremen (2012b).

16 Vgl. Die Senatorin für Finanzen (2005).

17 Vgl. Wirtschaftsförderung Bremen (2012b).

18 Vgl. Phytoolutions (2013).

Diese positive Entwicklung soll in den nächsten Jahren weitergeführt und Bremens Position in der Luft- und Raumfahrt gestärkt werden. Alleine der Flugzeugbauer Airbus hat am Standort Bremen für mehrere Jahre eine Beschäftigungsauslastung (auch ohne weitere Neuaufträge). Ähnlich positiv gestaltet es sich für Astrium und OHB-System.¹⁹ Dies wird für eine weitere Sogwirkung auf hoch qualifizierte Arbeitskräfte sorgen und den wissensbasierten Strukturwandel vorantreiben, der für die künftige Konkurrenzfähigkeit der Region in Bezug auf andere nationale und internationale Standorte entscheidend ist.

Kasten 1

Bremen in der Metropolregion Bremen-Oldenburg

Bremen ist der geografische Mittelpunkt der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten, in der insgesamt 2,72 Mio. Menschen auf einer Fläche von 13.749 km² leben. Die auch als »Metropole Nordwest« bezeichnete Region besteht aus elf Landkreisen des Bundeslandes Niedersachsen sowie den fünf kreisfreien Städten Bremen, Bremerhaven, Delmenhorst, Oldenburg und Wilhelmshaven. Im Jahr 2005 wurde sie als eine von elf europäischen Metropolregionen in Deutschland anerkannt.²⁰ Die Wirtschaftskraft der Region belief sich im Jahr 2010 auf ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 76,6 Mrd. Euro, wovon 30 % in der Stadt Bremen erwirtschaftet wurden. Bremen ist zusammen mit der Stadt Oldenburg somit nicht nur das geografische, sondern auch das wirtschaftliche Zentrum der Metropolregion im Nordwesten Deutschlands. Neben dem höchsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (42.055 Euro in 2010) stellt Bremen auch die mit Abstand meisten Erwerbstätigen in der Metropolregion. Von den insgesamt 1,33 Mio. Erwerbstätigen arbeiteten im Jahr 2010 338.112 in Bremen, was einem Anteil von 25,5 % entspricht.²¹ In ihren Zielsetzungen hat die Metropolregion neun Zukunftsfelder identifiziert, die durch die Gesellschaft der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e.V. gefördert werden. Diese sind Agrar- und Ernährungswirtschaft, Automobilindustrie, Energiewirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Luft- und Raumfahrt, Logistik und Maritime Wirtschaft, Umwelt und Klima, Wissenschaft sowie Tourismuswirtschaft.²²

Kasten 2

19 Vgl. Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (2013).

20 Vgl. Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e.V. (2012).

21 Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013b).

22 Vgl. Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e.V. (2012).

Durch die Betrachtung der Arbeitslosenzahlen lässt sich feststellen, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Oktober 2012 im Vorjahresvergleich leicht verschlechtert hat. Zu diesem Zeitpunkt waren in der Stadt Bremen 28.142 Menschen arbeitslos gemeldet. Dies entspricht einem Zuwachs von 421 Personen im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote hat sich hingegen in diesem Zeitraum um 0,1 Prozentpunkte verringert und lag im Oktober 2012 bei 10,2 %. Im Städtevergleich liegt die Kaufmannsstadt mit diesem Wert jedoch deutlich hinter den Wirtschaftsmetropolen München (4,8 %), Hamburg (7,2 %) und Frankfurt (7,3 %), jedoch vor der Hauptstadt Berlin (11,7 %). Im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt (6,5 %) schneidet Bremen ebenfalls relativ schlecht ab.²³

3. Standortattraktivität

Aufgrund des wissensbasierten Strukturwandels ist die künftige Entwicklung einer Region in erheblichem Maße von den Standortentscheidungen wissens- und forschungsintensiver Unternehmen abhängig. Eine entscheidende Determinante dieser Entscheidung stellt die ausreichende Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte am Standort dar. Im nationalen und internationalen Nachfragewettbewerb um diese Arbeitskräfte können Städte – neben guten ökonomischen Rahmenbedingungen – insbesondere auch von einer hohen Lebensqualität, Familienfreundlichkeit und einem guten Bildungssektor profitieren, damit sie eine möglichst hohe Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort ausstrahlen. Darüber hinaus gibt es Potenziale in der regionalen Zusammenarbeit, die dazu beitragen können, knappe finanzielle Ressourcen zu konzentrieren und das Image zu erhöhen (vgl. Kasten 2).

Um der demografischen Entwicklung entgegenzutreten und eine möglichst hohe Zahl qualifizierter Arbeitskräfte anzuziehen, legt Bremen viel Wert auf das Image einer familienfreundlichen Stadt. Wird die Familienfreundlichkeit anhand der Fertilitätsrate gemessen, ergibt sich jedoch ein (erhebliches) Aufholpotenzial. Im Jahr 2011 kamen auf jede Frau in Bremen durchschnittlich 1,24 Kinder, während der deutsche Durchschnitt bei 1,39 Kindern im Jahr 2010 liegt.²⁴ Bei der Tagesbetreuung für Kinder hat Bremen sein Ziel, bis zum Jahr 2013 eine Versorgungsquote von 35 % bei den unter 3-Jährigen zu gewährleisten, bislang weit verfehlt. Insgesamt wurden 22,4 % der unter 3-Jährigen in der geförderten Kindertagespflege oder einer Tageseinrichtung betreut. Im Vergleich dazu lag die Betreuungsquote im Bundesdurchschnitt in 2012 bei etwa 28 %, in vielen ostdeutschen Kommunen und Städten sogar bei weit mehr als 50 %.²⁵

Da es seit 1996 einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für über 3-jährige Kinder gibt, liegt die Versorgungsquote in dieser Altersgruppe erheblich höher. Von den 3- bis 6-jährigen Kindern wurden im Jahr 2012 90,3 % tagsüber betreut.²⁶ Die Betreuung von Kindern unter sechs

²³ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2012).

²⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (2011b).

²⁵ Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012b).

²⁶ Vgl. ebenda.

Jahren soll die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Väter und Mütter erhöhen und somit arbeitspolitische mit familienpolitischen Leistungen verknüpfen.

Direkt in Zusammenhang mit der Familienfreundlichkeit steht die Attraktivität des Bildungsektors einer Region. Ein wichtiger Indikator hierfür ist neben dem höchsten erreichten Abschluss der Schulabsolventen vor allem die Zahl an Abiturienten, die ein Studium beginnen. Die Übergangsquote vom Abitur zur Hochschule lag im Land Bremen 2008 bei 78,6 % und damit um 2,2 Prozentpunkte über dem deutschen Durchschnitt.²⁷ Insgesamt waren im Wintersemester 2011/2012 32.965 Studierende an den Hochschulen des kleinsten deutschen Bundeslandes eingeschrieben. Der Ausländeranteil war mit 14,2 % im Ländervergleich hoch, was auf eine relative Anziehungskraft Bremens und internationale Vernetzung hindeutet. Zudem zählt die Hochschullandschaft Bremens zu den internationalsten Standorten Deutschlands. So wurde die Universität Bremen als »Internationale Hochschule 2012« ausgezeichnet. Kriterien hierfür sind unter anderem die Anzahl der ausländischen Studienanfänger und -absolventen, das institutionelle Angebot zur sozialen Integration und ein vorliegendes Internationalisierungskonzept.²⁸ Ebenso verfügt die Hochschule Bremen, die Mitglied im UAS7-Netzwerk (Zusammenschluss von sieben forschungsorientierten nationalen Fachhochschulen mit starker internationaler Ausrichtung) ist, über internationale Netzwerke und weltweit rund 300 Kooperationspartner.²⁹

Durch den gegenwärtigen Anstieg der Bevölkerung, auch aufgrund der zunehmenden Zahl von ausländischen Arbeitskräften und Studenten, ist Wohnraum stark nachgefragt. Bei einem Vergleich zur Höhe der durchschnittlichen Kaltmieten pro m² schneidet die Stadt an der Weser im Wettbewerb mit den 30 größten deutschen Städten relativ gut ab. Während zum Beispiel in München (14,34 Euro), Frankfurt (11,92 Euro) und Hamburg (10,56 Euro) das Mietniveau zwischen 37,7 und 87 % über dem Durchschnitt der 30 größten Städte Deutschlands liegt, beträgt der Preis je m² Wohnraum in Bremen durchschnittlich 6,63 Euro und ist somit um 13,5 % geringer als im Städtedurchschnitt (vgl. Abb. 4). Der Zuwachs bei den gesamten Wohnkosten liegt hingegen geringfügig über dem deutschen Trend. Im Zeitraum von 2005 bis 2011 nahmen die Wohnkosten in der Hansestadt um 13,8 % zu. Für Deutschland betrug der Zuwachs in dieser Zeit lediglich 13,5 %.³⁰

Doch nicht nur die Kosten für Wohnraum, sondern auch die pro Person zur Verfügung stehende Wohnfläche ist ein wichtiger Indikator für die Lebensqualität in einer Stadt. Im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten verfügt die Hansestadt über eine gute Ausstattung an Wohnraum, aus der nicht nur relativ geringe Mieten, sondern damit einhergehend auch eine ausreichende Verfügbarkeit von Wohnfläche pro Kopf resultieren. Diese Tatsache führt dazu, dass zum Jahresende 2010 jedem Einwohner der Stadt durchschnittlich 40,3 m² Wohnraum zur Verfügung standen. Mit diesem Wert rangiert Bremen im Städtevergleich auf Platz 4 hinter Braunschweig (41,9), Münster (41,5) und Hannover (40,8), liegt jedoch deutlich über dem Durchschnitt von 38,1 m² Wohnfläche pro Person (vgl. Abb. 4).

27 Vgl. Statistisches Bundesamt (2012b).

28 Vgl. DAAD (2012).

29 Vgl. German Universities of Applied Sciences (UAS7) (2013).

30 Vgl. Statistisches Bundesamt (2012a).

	Erholungsflächen in m ² je Einwohner Stand 31.12.2010	Durchschnittliche Kaltmieten in Euro je m ² Stand 21.12.2012*	Durchschnittlich zur Verfügung stehende Wohnfläche je Einwohner Stand 31.12.2010
Aachen	20,4	8,02	36,8
Augsburg	27,5	7,41	38,7
Berlin	29,7	7,66	38,3
Bielefeld	34,8	6,09	38,1
Bochum	36,5	5,79	37,5
Bonn	18,4	8,78	38,8
Braunschweig	55,2	6,73	41,9
Bremen	49,8	6,63	40,3
Chemnitz	63,9	4,84	39,6
Dortmund	20,6	5,48	39,3
Dresden	28,9	6,31	35,5
Duisburg	34,9	5,15	37,3
Düsseldorf	29,3	10,56	39,1
Essen	40,5	5,74	39,6
Frankfurt am Main	24,2	11,92	36,4
Gelsenkirchen	40,1	4,80	38,1
Hamburg	32,3	10,56	35,8
Hannover	49,3	6,99	40,8
Karlsruhe	38,4	9,54	39,1
Kiel	27,2	6,35	37,7
Köln	42,0	9,28	37,6
Leipzig	55,1	5,17	39,8
Mannheim	27,2	8,11	39,0
Mönchengladbach	37,4	5,74	39,3
München	25,7	14,34	37,3
Münster	42,6	8,79	41,5
Nürnberg	17,0	8,21	38,6
Stuttgart	19,0	10,23	36,1
Wiesbaden	45,3	9,39	39,1
Wuppertal	33,4	5,41	40,2

Abb. 4 * Die Werte werden laufend aktualisiert.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012a); PWIB Wohnungs-InfoBörsen GmbH (2012); Berechnungen HWWI.

Direkt verbunden mit der Wahl des Wohnortes stellt sich für die Bewohner einer Stadt die Frage nach attraktiven Freizeitgestaltungsmöglichkeiten. Über ein abwechslungsreiches und interessantes Freizeit- und Erholungsangebot kann eine Stadt ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Regionen im Wettbewerb um Fachkräfte positiv beeinflussen. Ein Indikator, der über die Attraktivität einer Stadt in Bezug auf Erholungsmöglichkeiten Aufschluss gibt, ist die Anzahl der verfügbaren Erholungsflächen. Auch bei diesem Aspekt hebt sich Bremen positiv vom Städtedurchschnitt ab. Die Stadt an der Weser bietet – unter anderem mit dem privat finanzierten Bürgerpark und Stadtwald, dem Rhododendron-Park oder dem Werdersee – ihren Bewohnern 49,8 m² Erholungsfläche pro Einwohner und hat somit in diesem Punkt das viertbeste Angebot unter den 30 größten Städten Deutschlands (vgl. Abb. 4). Für die aktive Freizeitgestaltung verfügt Bremen zudem über ein breites Spektrum unterschiedlicher Möglichkeiten, sowohl im kulturellen als auch im sportlichen Bereich (vgl. Kasten 3). Unter anderem stehen in der Stadt 13 Theater verschiedener Genres zur Verfügung, die in der Spielzeit 2010/2011 zusammen von 155.443 Zuschauern besucht wurden. Zu einem ausreichenden sportlichen Ausgleichs- und Erholungsangebot können die insgesamt 322 Sportvereine der Stadt einen Beitrag leisten.

Bremens Position im HWWI/Berenberg Kulturstädteranking 2012

Das HWWI/Berenberg Kulturstädteranking 2012 untersucht die 30 größten Städte Deutschlands. Bremen nahm hier eine durchschnittliche bis unterdurchschnittliche Position ein. Während die Hansestadt in der Kulturproduktion – dazu zählen Elemente und Grundlagen, die für die Entstehung von Kunst und Kultur notwendig sind – Platz 18 belegt, ist das Abschneiden im Teilranking Kulturrezeption – beinhaltet die Aufnahme des kulturellen Angebotes – schlechter (Platz 23). Andererseits weist die Stadt vergleichsweise hohe Kulturausgaben je Einwohner (136,90 Euro im Durchschnitt der Jahre 2001/2005/2007) aus. Auch im Bereich des Kinoangebots ist Bremen überdurchschnittlich gut aufgestellt (18,84 Kinositzeplätze je 1.000 Einwohner). Dennoch ist Bremens Beschäftigtenanteil der Kulturwirtschaft an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2011 eher unterdurchschnittlich (3,2 %), wobei die Künstlerdichte (freiberufliche und -schaffende Künstler) als durchschnittlich zu bewerten ist (3,5 %).

Beim Indikator Schüler und Studierende an öffentlichen Musikschulen sowie an staatlich anerkannten Kunst- und Musikhochschulen bildet Bremen zusammen mit Nürnberg und Hamburg das Schlusslicht (5,6 Studenten je 1.000 Einwohner in 2011), wobei anzumerken ist, dass die Stadt an der Weser im HWWI/Berenberg Kulturstädteranking 2012 mit starken Kulturstädten wie Berlin, Frankfurt am Main, Köln, Leipzig und München konkurriert. Mit seinen privaten und öffentlichen Theatern – zum Beispiel bremer shakespeare company, Alte Liebe Produktionen (ehemaliges Junges Theater Bremen), Theater am Goetheplatz oder Theaterschiff – weist Bremen dennoch einige Theaterbetriebe auf, die einen qualitativ hochwertigen Beitrag zur kulturellen Szene der Stadt leisten. Auch ist die Bremer Kunsthalle überregional für ihre Sammlungen und Blockbuster-Ausstellungen bekannt.³¹

Neben der Bremer Glocke gibt es zudem weitere Orte, die das Kulturangebot der Stadt bereichern. Für kulturelle und sportliche Großereignisse steht in Bremen das Weser-Stadion zur Verfügung. Es ist neben der Bremer Messe der größte Veranstaltungsort für Rock- und Popkonzerte sowie Sportereignisse. Im Sommer finden darüber hinaus noch kulturelle Highlights wie das (überregionale) Musikfest Bremen, »Shakespeare im Park« (Bürgerpark) oder das einwöchige Musikfest »Breminale« statt, dessen Bühnen von lokalen und internationalen Künstlern bespielt werden.³²

Kasten 3

³¹ Vgl. Stiller/Wedemeier (2012).
³² Vgl. Bremen Tourismus (2013).

4. Fazit

Durch ihre relative Attraktivität ist es der Stadt an der Weser bisher gelungen, den negativen natürlichen Bevölkerungstrend zu kompensieren. Dennoch wird bis zum Jahr 2025 ein Bevölkerungsrückgang erwartet, der das Problem des Fachkräftemangels verstärken wird. Die Hansestadt ist daher gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die dem demografischen Wandel entgegenwirken, und die Attraktivität für Zuwanderer weiter zu verbessern. Im städteübergreifenden Wettbewerb um die besten Köpfe kann Bremen durch eine im Großstädtevergleich relativ gute Lebensqualität – unter anderem durch vergleichsweise viele Erholungsflächen sowie ein breites Angebot »bezahlbaren« Wohnraums – punkten. Nicht zuletzt aufgrund des großen Anteils ausländischer Studenten an der gesamten Studentenschaft hat Bremen das Image einer international offenen Stadt und bleibt daher auch für ausländische Einwanderer interessant. Verbesserungspotenziale bestehen insbesondere bei der Erreichbarkeit, der schulischen Bildung, der langfristigen Anbindung der Studenten an die Stadt sowie der Bekämpfung des natürlichen demografischen Wandels.

Eine Bewertung der ökonomischen Aspekte zeigt für Bremen nach wie vor Herausforderungen in der Förderung des Strukturwandels zur Wissensökonomie auf, der für die künftige Entwicklung der Stadt entscheidend ist. Obwohl sich Bremen bereits als Standort für einzelne Spitzentechnologien etabliert hat, müssen die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten weiter gefördert sowie Wissenstransfers zwischen öffentlicher Forschung und der privaten Wirtschaft generiert werden. Zur Bewältigung dieser Aufgaben wurden von den Hochschulen Bremens bereits Kooperationsvereinbarungen mit den Unternehmen getroffen. Positiv für Bremen ist das im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hohe Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Als problematisch stellt sich jedoch die hohe Arbeitslosigkeit in der Stadt dar. Um dieses Potenzial an Arbeitskräften vor dem Hintergrund eines sich natürlich verstärkenden Mangels an Fachkräften ausschöpfen zu können, werden entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen empfohlen.

Die Stadt an der Weser weist im Vergleich der 30 größten Städte Deutschlands sowohl positive als auch negative Standortbedingungen auf, was dazu führt, dass Bremen im HWWI/Berenberg Städteranking 2013 im Mittelfeld auf Platz 20 liegt. Dabei schneidet Bremen im Trendindex ebenfalls auf Platz 20 ab, was insbesondere auf die im Städtevergleich unterdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 2005 bis 2011 zurückzuführen ist. Auch beim Standortindex ist die Bewertung leicht unterdurchschnittlich, was auch auf die gute Performance der anderen Städte deutet. Vor allem im Bereich der Bildungsindikatoren schneidet Bremen hierbei vergleichsweise schlecht ab. Im Demografieindex ist Bremen zudem durchschnittlich aufgestellt, da die Prognoseergebnisse bezüglich der Bevölkerungsentwicklung bis 2025 Herausforderungen für die Hansestadt andeuten.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Teil 1

- Bellini, E.; Ottaviano, G.; Pinelli, D.; Prarolo, G. (2008): Cultural Diversity and Economic Performance: Evidence from European Regions, in: HWWI Research Paper, 3–14, Hamburg.
- Bräuninger, M.; Stiller, S. (2008): HWWI/Berenberg Städteranking 2008: Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich, Berenberg Bank, Hamburg.
- Bundesagentur für Arbeit (2012): Diverse Daten zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, [<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Sozialversicherungspflichtig-Beschaeftigte/Sozialversicherungspflichtig-Beschaeftigte-Nav.html>], (21.12.2012).
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2009): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR), Ausgabe 2009.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2012a): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR), Ausgabe 2012.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2012b): Raumordnungsprognose 2030.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2013): Laufende Stadtbeobachtung – Raumabgrenzungen, Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland, [http://www.bbsr.bund.de/cdn_032/nn_1067638/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp__node.html?__nnn=true], (06.02.2013).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2011): Fachkräftesicherung – Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung, Juni 2011, Berlin.
- Damelang, A.; Steinhardt, M.; Stiller, S. (2010): Die ökonomischen Potenziale kultureller Vielfalt: Eine Standortbestimmung deutscher Großstädte, in: Sozialer Fortschritt 1, S. 7–16.
- Döll, S.; Stiller, S. (2010): HWWI/Berenberg Städteranking 2010: Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich, Berenberg Bank, Hamburg.
- Glaeser, E.; Saiz, A. (2003): The rise of the skilled city, in: NBER Working Paper 10191, National Bureau of Economic Research.
- Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN) (2013): LSKN-Online Datenbank, Bevölkerungsentwicklung, Bevölkerungsprognosen und Wanderungen für die Landeshauptstadt Hannover, [<http://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/>], (30.01.2013).
- Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) (2013): Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen, Bevölkerungsprognosen für die kreisfreie Stadt Aachen, [<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/online;jsessionid=.worker3?sequenz=statistiken&selectionname=12421>], (14.01.2013).
- Münz, R. (2007): Aging and Demographic Change in European Societies: Main Trends and Alternative Policy Options, SP Discussion Paper, World Bank, No. 0703, Washington.
- Murie, A.; Musterd, S. (2010): Making competitive cities, Wiley-Blackwell, Oxford.
- Neumann, U.; Schmidt, C. (2006): Lichtblick, aber keine Entwarnung. Ausmaß und Konsequenzen des demografischen Wandels im Ruhrgebiet, RWI: Positionen #13 vom 27. Oktober 2006.
- Niebuhr, A. (2006): Migration and Innovation. Does regional diversity matter for R&D activity?, in: IAB Discussion Paper, Nr. 14, Nürnberg.
- Saxenian, A. (2006): The new Argonauts – Regional advantage in a global economy, Harvard University Press, Cambridge.
- Scott, A. J. (2006): Creative cities: Conceptual issues and policy questions, in: Journal of Urban Affairs 28 (1), S. 1–17.
- Statistische Ämter der Länder (2012): Diverse Daten zu Schulabgängern und Studierenden in Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Schleswig-Holstein, (30.09.2012).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012): Regionaldatenbank Deutschland: Diverse Daten, [<https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>], (20.12.2012).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a): Regionaldatenbank Deutschland: Diverse Daten, [<https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>], (31.01.2013).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013b): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 2010, Frankfurt am Main.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013c): Revision 2011 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder, [http://www.vgrdl.de/arbeitskreis_VGr/infoRevision2011.asp], (31.01.2013).
- Stiller, S.; Wedemeier, J. (2012): HWWI/Berenberg Kulturstädteranking 2012. Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich, Hamburg.

Teil 2

- Biermann, F.; Bräuninger, M.; Bunde, H.; Stiller, S. (2012): Im Steigflug. Die Luftfahrtindustrie als Wachstumsmotor für Norddeutschland, HWWI-Studie im Auftrag der Airbus Operations GmbH, Hamburg.
- Bräuninger, M.; Stiller, S. (2008): HWWI/Berenberg Städteranking 2008: Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich, Berenberg Bank, Hamburg.
- Bremen Tourismus (2013): Bremen auf einem Blick, [www.bremen-tourismus.de], (30.01.2013).
- Bundesagentur für Arbeit (2012): Diverse Daten zu Arbeitslosigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, [http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Sozialversicherungspflichtig-Beschaeftigte/Sozialversicherungspflichtig-Beschaeftigte-Nav.html], (28.11.2012).
- Bundesagentur für Arbeit (2013a): Beschäftigung am Arbeitsort, Bremen, Stadt (04011), 30. Juni 2012, Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2013b): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) nach den Wirtschaftsabteilungen der WZ 2008, Stichtag 30.06.2012, Nürnberg.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2012): Raumordnungsprognose 2030.
- Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (2013): Persönliche Korrespondenz vom 11.01.2013.
- Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) (2012): Auszeichnung für vorbildliche Betreuung ausländischer Studierender, [http://www.daad.de/portrait/presse/pressemitteilungen/2012/22637.de.html], (17.12.2012).
- Deutsches Patent- und Markenamt (2012): Jahresbericht 2011.
- Die Senatorin für Finanzen (2005): Pressestelle des Senats: Bremen – Kompetenzzentrum Raumfahrt und Maritime Logistik in der Metropolregion Bremen/Oldenburg, 21.11.2005.
- German Universities of Applied Sciences (UAS7) (2013): UAS7 Netzwerk, [www.uas7.de], (30.01.2013).
- Lutzky, N.; Süner, I.; Ramm, T. (2012): Evaluierung des Stands der Umsetzung der Mittelstandsenquete Bremen 2002–2007, HWWI-Gutachten im Auftrag der Handelskammer Bremen, den Unternehmensverbänden im Lande Bremen e. V., Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, Bremen.
- Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e. V. (2012): Daten und Fakten, [www.frischkoepe.de/internet], (29.09.2012).
- PWIB Wohnungs-Infobörse GmbH (2012): Mietspiegel Deutschland, [www.wohnungsboerse.net/mietspiegel-mietpreise], (21.12.2012).
- Phytolutions (2013): Energie aus Algen, [www.phytolutions.de], (30.01.2013).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012a): Regionaldatenbank Deutschland: Diverse Daten, [https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon], (20.08.2012).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012b): Kindertagesbetreuung regional 2012 – Ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland, Wiesbaden.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a): Regionaldatenbank Deutschland: Diverse Daten, [https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon], (31.01.2013).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013b): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 2010, Frankfurt am Main.
- Statistisches Bundesamt (2011a): Wanderungen über die Grenzen Deutschlands 2010 nach Herkunfts- bzw. Zielgebieten, persönliche Korrespondenz vom 09.11.2011.
- Statistisches Bundesamt (2011b): Pressemitteilung Nr. 301 vom 18.08.2011, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012a): Genesis-Online Datenbank: Diverse Daten, [https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon], (22.08.2012).
- Statistisches Bundesamt (2012b): Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen, Wiesbaden.
- Statistisches Landesamt Bremen (2013): Online-Datenbank, Bremen Infosystem, [http://www.statistik-bremen.de/bremendat/statwizard_step1.cfm], (30.01.2013).
- Stiller, S.; Wedemeier, J. (2012): HWWI/Berenberg Kulturstädteranking 2012. Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich, Hamburg.
- Wirtschaftsförderung Bremen (2012a): Bremen in Zahlen, [http://www.wfb-bremen.de/de/Gro%C3%9Fe-Unternehmen-in-Bremen/194192. Bremen in Zahlen], (20.12.2012).
- Wirtschaftsförderung Bremen (2012b): Luft- und Raumfahrt in Bremen, [www.wfb-bremen.de/de/luft-und-raumfahrt], (12.12.2012).

NIEDERLASSUNG BREMEN
HOCHALLEE 77
28209 BREMEN
TELEFON +49 421 348 75-0
TELEFAX +49 421 347 72 61
WWW.BERENBERG.DE